

## Inhalt

Hohe Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates trotz kritischer Leistungsbewertung	1
The Loneliness of the Unemployed: Social and Political Participation in Germany in a European Context	7
Strategie des „active ageing“ in Deutschland besonders erfolgreich	11
Tagungshinweis: „Subjektives Wohlbefinden in der Lebensqualitätsforschung. Ergebnisse vor dem Hintergrund einer neu belebten Diskussion.“	16

## Hohe Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates trotz kritischer Leistungsbewertung

### Wohlfahrtsregime und Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat im europäischen Vergleich

*In der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung ist es seit der bahnbrechenden Studie „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ von Esping-Andersen (1990) üblich geworden, verschiedene „Regime“ oder Typen von Wohlfahrtsstaaten zu unterscheiden. Diese werden meist als Idealtypen definiert durch unterschiedliche Leitbilder und Zielvorstellungen, die konsequenterweise in institutionellen Gestaltungsmerkmalen der wohlfahrtsstaatlichen Programme und Leistungen ihren Ausdruck finden. Es ist jedoch eine offene und bisher wenig erforschte Frage, ob sich auch die Einstellungen der (Wahl-)Bevölkerung zum Wohlfahrtsstaat je nach Regimetyp unterscheiden. Unterschiedliche Vermutungen sind denkbar (vgl. Svallfors 2003, 2012, van Oorschoot/Meulemann 2012): Wenn in der öffentlichen Diskussion von einer Legitimations- oder Akzeptanzkrise des Wohlfahrtsstaates die Rede ist, wird eine solche Differenzierung meist nicht vorgenommen. Es wird vielmehr pauschalierend davon ausgegangen, dass Wohlfahrtsstaaten in der Gegenwart mit ökonomischen und demographischen Strukturproblemen konfrontiert sind, denen sie nicht mehr gewachsen sind und die folglich mehr oder weniger zwangsläufig zu Vertrauens- und Akzeptanzverlusten in der Bevölkerung führen. Aus der Logik demokratischer Willensbildungsprozesse ist demgegenüber abzuleiten, dass solche regimespezifischen Einstellungsmuster eher wahrscheinlich sind. In demokratisch verfassten politischen Systemen sollten nämlich die von Regierungen verfolgten Policies den politisch artikulierten Forderungen und Präferenzen der (Mehrheit der) Bevölkerung entsprechen. Unterschiedliche Regimetypen resultieren aus dieser Sicht aus national unterschiedlichen politischen Kräfteverhältnissen und politischen Präferenzen. Im Ergebnis bekämen die Bürger diejenige Version des Wohlfahrtsstaates, die sie mehrheitlich wollten, d. h. die ihren Einstellungen zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates entspricht.*

Jedoch werden komplexe Institutionen wie Wohlfahrtsstaaten nicht „aus einem Guss“ geschaffen, sondern haben meist eine lange Entwicklungsgeschichte, an der zahlreiche Akteure mit unterschiedlichen Interessen beteiligt waren (und noch sind). Sie spiegeln daher oft Kräfteverhältnisse und Wertvorstellungen der Vergangenheit wider, während die Lebensbedingungen und Wertvorstellungen der heute lebenden Generationen einem raschen Wandel unterworfen sind. Aus dieser Perspektive erscheint es geradezu wahrscheinlich, dass es zu Diskrepanzen zwischen den in sozialpolitischen Programmen institutionalisierten Interes-

sen und Wertvorstellungen und denen der heute lebenden Bevölkerung kommen kann. Andererseits ist es gerade die Eigenart von Institutionen (manche Theoretiker würden sagen: ihre Funktion), dass sie das Denken und Handeln der Menschen strukturieren, die in ihrem Geltungsbereich leben. In diesem Fall wäre der Kausalzusammenhang allerdings umgekehrt wie bei der oben skizzierten demokratischen Willensbildung. Die „normative Kraft des Faktischen“ würde das Bewusstsein und die Einstellungen der Bürger derart prägen, dass im Ergebnis mit einer engen Entsprechung von Regimetyp und Einstellungsmustern zu rechnen wäre.

## Editorial

Das Erscheinen dieser 50. Ausgabe von ISI nehmen wir zum Anlass, uns wieder einmal direkt an Sie als unsere Leserinnen und Leser zu wenden.

Im Januar 1989 erstmals publiziert, berichtet ISI seit 25 Jahren zweimal jährlich über Themen, die Wohlfahrt und Lebensqualität der Bürger berühren. Die dafür erforderliche Ausdauer und Begeisterung wäre ohne das kontinuierliche Interesse sowie die Anerkennung und Ermutigung unserer zahlreichen Leser nicht möglich gewesen. Das Ziel, Sozialwissenschaftler, aber auch Interessenten aus der Politik, Verwaltung, der Wirtschaft, Schulen und den Medien möglichst anschaulich und in leicht verständlicher Form mit fundierten empirischen Informationen über die Entwicklung der Lebensverhältnisse und Trends des sozialen Wandels zu versorgen, erscheint uns heute so aktuell wie damals. Das Interesse an einer über das ökonomische Blickfeld hinausreichenden Wohlfahrtsmessung und Sozialberichterstattung, wie wir sie mit ISI verfolgen, hat in den letzten Jahren sogar noch deutlich zugenommen.

Mit dieser 50. Ausgabe werden zwei Neuerungen eingeführt: Auf den ersten Blick erkennbar ist das neue Gesicht und Erscheinungsbild, das ISI mit dieser Ausgabe erhält. Das erneuerte Layout fügt sich nicht nur harmonischer in das „corporate design“ von GESIS ein; nach 32 Ausgaben im unveränderten Layout schien uns zudem auch eine optische Auffrischung und Veränderung fällig zu sein. Gleichzeitig erscheint ISI von nun an im Vierfarbdruck, was insbesondere für die Gestaltung von Grafiken Qualitätsverbesserungen verspricht. Langjährige Leser werden zudem bemerken, dass in dieser Ausgabe erstmals ein Artikel in englischer Sprache erscheint. ISI soll zwar auch zukünftig primär deutschsprachig bleiben, sich aber gleichzeitig für Ausnahmen öffnen. Damit hoffen wir, nicht nur häufiger ausländische Autoren gewinnen, sondern ISI noch stärker als bisher zu einem Medium der europäischen Sozialberichterstattung weiterentwickeln zu können. Vorgesehen ist zudem, bereits in Kürze ausgewählte Beiträge auch in englischer Übersetzung auf einer neuen Website zugänglich zu machen.

Wir hoffen, dass die Neuerungen auch bei Ihnen auf positive Resonanz stoßen und Sie ISI auch zukünftig als Leser die Treue halten.

**Heinz-Herbert Noll, Gesis**  
Leiter des Zentrums für  
Sozialindikatorenforschung  
Tel.: 0621 / 1246-241  
heinz-herbert.noll@gesis.org

Diese unterschiedlichen, kaum miteinander zu vereinbarenden Hypothesen sollen in diesem Beitrag im europäischen Vergleich überprüft und einer empirischen Klärung näher gebracht werden. Dabei wird eine wichtige Unterscheidung hinsichtlich des Gegenstands der Einstellungen vorgenommen, die in der öffentlichen Diskussion oft nicht genügend beachtet wird. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat können sich zum einen auf ein ideales Konzept eines Wohlfahrtsstaates beziehen, also zum Ausdruck bringen, was nach Meinung der Bürger ein idealer Wohlfahrtsstaat tun bzw. wofür er verantwortlich sein sollte. Sie können sich zum anderen auf die *real existierenden*, national unterschiedlichen Wohlfahrtsstaaten und deren Funktionieren beziehen bzw. deren Leistungen bewerten. In diesem Fall bringen die Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der Bürger mit den Leistungen des Wohlfahrtsstaates bzw. einzelnen seiner Teilsysteme zum Ausdruck, wie sie von den Bürgern wahrgenommen werden.<sup>1</sup>

Es ist offensichtlich, dass es sich hierbei um zwei verschiedene Einstellungsdimensionen handelt, die sich zu unterschiedlichen Konstellationen verbinden können. Es ist beispielsweise sowohl denkbar, dass die Bürger dem Staat eine hohe sozialpolitische Verantwortung zuschreiben, aber mit seinen Leistungen unzufrieden sind, als auch, dass sie weniger hohe Erwartungen an den Staat bezüglich der Gewährleistung ihrer Wohlfahrt haben, aber mit seinen Leistungen durchaus zufrieden sind. Es erscheint deshalb nicht gerechtfertigt, von der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit einem real existierenden Wohlfahrtsstaat auf die Zustimmung bzw. Ablehnung der normativen Idee eines Wohlfahrtsstaates zu schließen.

Die folgenden Analysen beruhen auf einer Auswertung der 4. Welle des *European Social Survey* (ESS) von 2008, in der die Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat ein Schwerpunktthema bildeten.<sup>2</sup> Von den insgesamt 29 Ländern, in denen der *European Social Survey* durchgeführt wurde, wurden 16 Länder aus verschiedenen geographischen Regionen Europas in die Analyse einbezogen, die zudem unterschiedliche Ausprägungen des Wohlfahrtsstaats repräsentieren. Nach der bekannten Wohlfahrts(staats)typologie von Esping-Andersen (1990) repräsentieren die nord-europäischen Länder Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland das sozialdemokratische Modell des Wohlfahrtsstaates, während die kontinentaleuropäischen Länder Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und die Schweiz für den konservativ-korporatistischen Typus stehen. Dem liberalen Typus des Wohlfahrtsstaates entspricht im europäischen Kontext am ehesten Großbritannien.<sup>3</sup> Die mediterranen Länder Spanien und Portugal stehen für ein rudimentäres Wohlfahrtsregime<sup>4</sup>; Die mittelosteuropäischen Länder Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn teilen

einerseits das sozialistische Erbe der Nachkriegszeit und in der Gegenwart die daraus folgenden politischen und ökonomischen Transformationsprobleme; andererseits betonen viele Autoren die historische und sozioökonomische Heterogenität dieser Ländergruppe, weswegen es problematisch erscheint, von einem „postsozialistischen“ Regimetypus zu sprechen.

Wie aus dem oben Gesagten schon ersichtlich, sei noch einmal darauf hingewiesen, dass es sich bei den Regimetypen nach Esping-Andersen um Idealtypen handelt, denen die realhistorischen „Fälle“ (Länder) nur näherungsweise entsprechen. Zudem ist zu bedenken, dass die institutionelle Gestaltung nationaler Wohlfahrtsstaaten auch dem historischen Wandel unterliegt, so dass eine eindeutige, von allen Autoren geteilte Zuordnung zu Regimetypen kaum möglich erscheint. Durch die Gruppierung der Länder entsprechend den fünf unterschiedlichen Regionen bzw. Typen und die Berechnung von Gruppendurchschnittswerten wird versucht, von länderspezifischen Besonderheiten abzusehen und „regimetypische“ Einstellungsunterschiede herauszuarbeiten. Bezüglich der normativen Erwartungen der Bürger an den Wohlfahrtsstaat enthält der ESS eine Reihe von Items zu Vorstellungen darüber, „wofür der Staat verantwortlich sein sollte“ (so im Originaltext des Fragebogens). Wir haben folgende sechs Aufgabenfelder herausgegriffen, die zum Teil klassische Aufgaben des Wohlfahrtsstaates, zum Teil aber auch neue Herausforderungen bzw. Anforderungen abbilden<sup>5</sup>:

- Sicherung eines angemessenen Lebensstandards im Alter,
- Sicherung einer ausreichenden Gesundheitsversorgung,
- Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Arbeitslose,
- Gewährleistung „eines Arbeitsplatzes für jeden, der arbeiten will“ (was man als Umschreibung des Ziels einer aktiven Arbeitsmarktpolitik verstehen kann),
- Gewährleistung ausreichender Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern (eine Aufgabe im Schnittfeld von Familien- und Arbeitsmarktpolitik),
- Die bezahlte Freistellung von Arbeitnehmern, die vorübergehend Pflegeaufgaben übernehmen (als eine neue Herausforderung, die sich angesichts des demographischen Wandels stellt).

Die Zustimmung zu diesen Items wurde jeweils auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht verantwortlich“) bis 10 („voll und ganz verantwortlich“) gemessen. Somit können zunächst Ländermittelwerte für jeden Aufgabenbereich berechnet werden. Zum anderen kann durch Aggregation über die Aufgabenbereiche bzw. Politikfelder hinweg gewissermaßen ein „Index der sozialpolitischen Verantwortung des Staates“ gebildet werden. Auch wenn man darüber streiten mag, ob die genannten Aufgaben alle von gleicher Bedeutung sind, ist doch der Vergleich der Aufgabenbereiche unter-

einander, d. h. für welche Aufgaben dem Staat eine hohe oder geringe Verantwortung zugeschrieben wird, von großem Interesse, nicht zuletzt im Hinblick auf die Legitimitätsstiftende Funktion des sozialpolitischen Handelns.

In analoger Weise wurde versucht, die Wahrnehmung und Bewertung der Leistungen des Wohlfahrtsstaates durch die Bevölkerung gewissermaßen multidimensional zu messen. Die hierzu verwendeten Items sind die folgenden:

- Beurteilung des Lebensstandards von Rentnern und Pensionären
  - Beurteilung des Lebensstandards von Arbeitslosen
  - Beurteilung des Angebots bezahlbarer Kinderbetreuungsmöglichkeiten
  - Beurteilung der Chancen von Jugendlichen, einen Arbeitsplatz zu finden.
- Ergänzt werden diese Fragen, die sich auf die Lebenssituation bestimmter Bevölkerungsgruppen beziehen, durch zwei Fragen, die sich eher summarisch auf die Leistungs- bzw. Funktionsfähigkeit zweier institutioneller Teilsysteme beziehen:
- Einschätzung des gegenwärtigen Zustands des Gesundheitssystems, sowie
  - Einschätzung des gegenwärtigen Zustands des Bildungssystems.<sup>6</sup>

Die wahrgenommene Leistungsfähigkeit wurde wiederum in allen Fällen mit der

gleichen Skala von 0 („äußerst schlecht“) bis 10 („äußerst gut“) gemessen. In den positiven Bewertungen (6-10) drückt sich somit Zufriedenheit, in den negativen Bewertung (0-4) überwiegende Unzufriedenheit mit den staatlichen Leistungen in dem betreffenden Aufgabenbereich aus. Auch hier werden sodann die Einzelbewertungen zu einem „Index der Bewertung der Leistungen des Wohlfahrtsstaates“ aggregiert.

**Hohe Zustimmung zur sozialpolitischen Verantwortung des Staates**

Generell kann davon ausgegangen werden, dass dem Staat in allen hier erfragten Lebensbereichen eine hohe Verantwortung zugeschrieben wird – allerdings mit deutlichen Abstufungen. Am höchsten ist die Zustimmung für *Gesundheitsversorgung* (8,5) und *Alterssicherung* (8,3), zwei klassische Bereiche staatlicher Sozialpolitik, die auch heute in allen europäischen Wohlfahrtsstaaten den bei weitem größten Teil der Sozialausgaben ausmachen. Eine bemerkenswert hohe Unterstützung zeigt sich auch für die staatliche Bereitstellung von *Kinderbetreuungsmöglichkeiten* sowie für die *Freistellung von Arbeitnehmern bei Übernahme von Pflegeaufgaben* (jeweils 7,5), zwei Bereichen, die erst in jüngerer Zeit verstärkte Aufmerksamkeit in der sozialpolitischen Diskussion gefunden haben. Relativ geringe, aber immer noch über-

durchschnittliche Unterstützung (gemessen am Skalennittelwert) findet die finanzielle *Absicherung von Arbeitslosen* (6,7) sowie staatliche Verantwortung für die *Schaffung von Arbeitsplätzen* (6,4). Bestätigt wird diese Rangfolge bezüglich der staatlichen Verantwortung, wenn man statt der durchschnittlichen Bewertung den prozentualen Anteil der Zustimmungen zu einer starken Rolle des Staates (6-10) als Indikator heranzieht. Dann sprechen sich über 90% der Befragten für die staatliche Verantwortung in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Alterssicherung aus, jeweils über 80% für die staatliche Gewährleistung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten und für die Freistellung von Arbeitnehmern bei der Pflege von Angehörigen. Bei der sozialen Sicherung sehen immerhin noch 69% der Bürger den Staat in der Pflicht, bei der Schaffung von Arbeitsplätzen noch 64%. Jedoch gibt es länder- und regimespezifische Unterschiede im Ausmaß der Zustimmung. Über alle Aufgabenbereiche hinweg, d. h. gemessen am Index der zugeschriebenen staatlichen Verantwortung, sind die normativen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat am höchsten in den südeuropäischen Ländern Spanien und Portugal (8,2) – was erstaunt angesichts der rudimentären Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates in diesen Ländern. Überdurchschnittlich stark ausgeprägt sind die Erwartungshaltungen der Bürger gegenüber dem Staat auch in

**Tabelle 1: Einstellungen zur Verantwortung des Staates in bestimmten Politikbereichen**

	Konservativ (Kontinentaleuropa)					Liberal		Sozialdemokratisch (Skandinavien)					Rudimentär (Südeuropa)			Postsozialistisch (Mittelosteuropa)				Alle Länder	
	DE	FR	BE	NL	CH	Ø	GB	DK	FI	NO	SE	Ø	ES	PT	Ø	PL	HU	CZ	SK	Ø	
Angemessener Lebensstandard im Alter	7,4	7,9	7,9	7,7	7,2	7,6	8,5	8,3	8,4	8,7	8,5	8,5	8,9	8,8	8,9	8,7	8,8	8,2	8,3	8,5	8,3
Ausreichende gesundheitliche Versorgung für Kranke	8,3	8,1	8,0	8,3	7,7	8,1	8,7	8,9	8,8	9,0	8,7	8,8	9,0	8,7	8,9	8,9	8,1	8,3	8,3	8,7	8,5
Angemessener Lebensstandard für Arbeitslose	6,3	6,2	6,1	6,3	6,3	6,2	6,0	6,6	7,5	7,3	7,4	7,2	7,8	7,3	7,6	6,4	6,9	6,2	5,9	6,4	6,7
Arbeitsplatz für jeden, der arbeiten will	6,0	5,9	6,2	5,4	4,9	5,7	6,0	5,5	6,8	6,0	6,0	6,1	7,7	7,4	7,5	7,3	8,2	6,1	6,5	7,0	6,4
Ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern	7,8	7,1	7,3	6,3	6,4	7,0	7,0	8,1	8,2	8,0	7,9	8,0	8,4	8,3	8,3	7,3	8,4	7,4	6,8	7,5	7,5
Bezahlte Freistellung von der Arbeit für Pflege von Familienmitgliedern	7,3	7,2	7,3	6,7	6,1	6,9	7,2	8,2	7,5	8,2	7,9	7,9	8,3	8,2	8,2	7,8	8,4	7,5	7,0	7,7	7,5
Ø	7,2	7,1	7,1	6,8	6,4	6,9	7,2	7,6	7,8	7,9	7,7	7,8	8,3	8,1	8,2	7,7	8,3	7,3	7,1	7,6	7,5

Anmerkung: Die Einstellungen werden auf einer Skala von 0 „äußerst schlecht“ bis 10 „äußerst gut“ gemessen. Durchschnittswerte pro Land und Politikbereich (sowie Durchschnitt über alle Politikbereiche); Alle Länder = Arithmetisches Mittel aller Ländermittelwerte

Datenbasis: European Social Survey 4, 2008 (eigene Berechnungen)

den skandinavischen Ländern (7,8) und den mittelosteuropäischen Ländern (7,6). Dies entspricht weitgehend den Erwartungen, die man aus der etatistischen Tradition des sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodells sowie – im Falle Mittelosteuropas – aus den Erfahrungen des real existierenden Sozialismus ableiten kann. Im Regimevergleich unterdurchschnittlich ist dagegen die dem Staat zugeschriebene Rolle in den kontinentaleuropäischen Staaten (6,9) sowie in Großbritannien (7,2). Wir interpretieren dies so, dass in diesen Ländern zwar auch dem Staat die primäre, aber nicht die alleinige Verantwortung für die genannten Aufgabenbereiche zugeschrieben wird.

Im Ländervergleich fallen einige weitere Besonderheiten auf: In Großbritannien etwa findet die Rolle des Staates in den wohlfahrtsstaatlichen Kernbereichen Gesundheitsversorgung und Alterssicherung erstaunlich hohe Zustimmung, deutlich höher jedenfalls als in den Ländern des konservativ-korporatistischen Regimetypus. Wir interpretieren dies im Sinne der Anerkennung der Idee sozialer Staatsbürgerrechte in der Tradition des Beveridge-Plans – im Unterschied zur Idee der durch Beitragszahlungen erworbenen Leistungsansprüche im Bismarck'schen Sozialversicherungsmodell. In den Ländern des konservativen Wohlfahrtsmodells ist die Zustimmung zu einer starken Rolle des Staates am geringsten in der Schweiz und den Niederlanden, geringer noch als in Großbritannien! In der Gruppe der mittelosteuropäischen Länder fällt der

Gegensatz zwischen der überdurchschnittlich hohen Erwartungshaltung gegenüber dem Staat in Ungarn und Polen und einer vergleichsweise moderaten Erwartungshaltung in Tschechien und der Slowakei auf.

### Deutliche Länderunterschiede bei der Bewertung der Leistungen

Zunächst fällt auf, dass die Beurteilung der vom Wohlfahrtsstaat erbrachten Leistungen weit weniger positiv ausfällt als die Erwartungen, die an ihn *idealerweise* herangetragen werden. Im Durchschnitt aller Untersuchungsländer schwanken die Werte – je nach Politikbereich – zwischen 4,0 und 5,8. Es besteht also offensichtlich eine mehr oder weniger große Diskrepanz zwischen den normativen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat und der Beurteilung seiner tatsächlichen Leistungen. Eine solche Diskrepanz ist an sich nichts Ungewöhnliches oder Beunruhigendes. Sie kann etwa den Anstoß geben und die Richtung weisen für sozialpolitische Reformen. Wenn allerdings die Diskrepanz, d. h. die Unzufriedenheit mit dem bestehenden System und seinen Leistungen ein gewisses Ausmaß überschreitet, kann dies auch zur Delegitimation des ganzen Systems führen. Die relativ stärksten positiven Bewertungen finden – im Länderdurchschnitt – das Bildungssystem (5,8) und das Gesundheitssystem (5,6). Am kritischsten bewertet werden die Sicherung des Lebensstandards von Arbeitslosen (4,0) und die Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen (4,6). Allerdings – und dies schwächt

die Aussagekraft dieser Durchschnittswerte – sind die länder- bzw. regimespezifischen Abweichungen hier wesentlich deutlicher ausgeprägt als bei den Fragen zur gewünschten Rolle des Staates. Dies war – wie eingangs bereits angedeutet – auch zu erwarten angesichts der länderspezifischen sozioökonomischen Gegebenheiten und der unterschiedlichen Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaates. Denn damit dürften unterschiedliche sozialpolitische Prioritäten, aber auch Leistungsdefizite einhergehen.

So ist es etwa leicht nachzuvollziehen, dass die Einschätzung des Erfolgs der (passiven und aktiven) Arbeitsmarktpolitik wesentlich abhängt vom Ausmaß der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit und dem vorhandenen Sicherungssystem für Arbeitslose. Infolgedessen fällt die Einschätzung des Lebensstandards von Arbeitslosen in den mittelosteuropäischen Ländern (2,9) (mit der partiellen Ausnahme Tschechiens) und in den südeuropäischen Ländern (3,4) besonders kritisch aus; aber auch in Deutschland und Frankreich bleibt die Einschätzung unter dem Durchschnitt (3,8). Die Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen werden ebenfalls in den süd- und mittelosteuropäischen Ländern (insbesondere in Ungarn und Portugal) besonders kritisch wahrgenommen, während sie beispielsweise in Dänemark, Norwegen und den Niederlanden als überwiegend positiv eingeschätzt werden.

Vergleicht man länderspezifisch die wahrgenommenen Problemschwerpunkte,

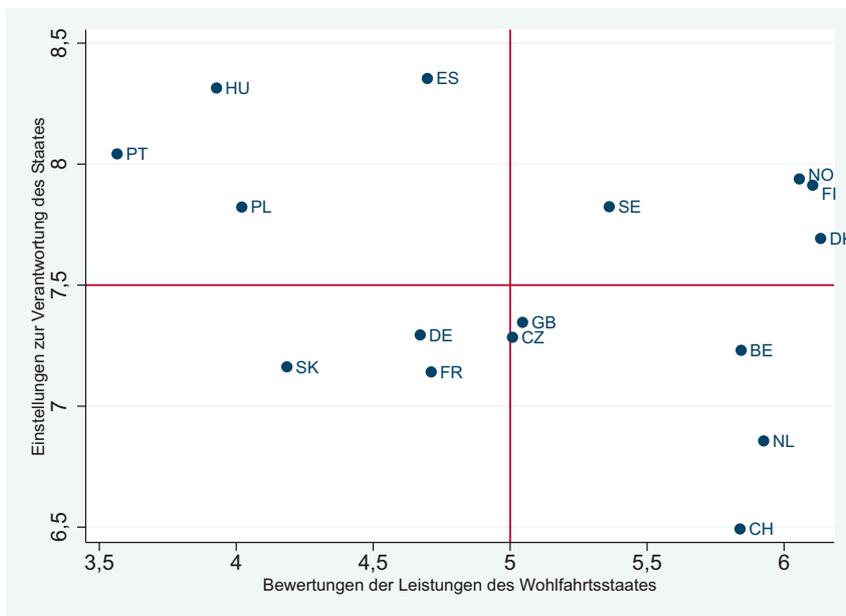
**Tabelle 2: Bewertung der Leistungen des Staates in bestimmten Politikbereichen**

	Konservativ (Kontinentaleuropa)					Liberal		Sozialdemokratisch (Skandinavien)					Rudimentär (Südeuropa)			Postsozialistisch (Mittelosteuropa)				Alle Länder	
	DE	FR	BE	NL	CH	Ø	GB	DK	FI	NO	SE	Ø	ES	PT	Ø	PL	HU	CZ	SK	Ø	
Lebensstandard von Rentnern / Pensionären	5,6	4,4	5,5	6,3	6,2	5,6	4,3	5,4	5,3	5,8	4,7	5,3	5,0	2,7	3,8	3,2	4,0	4,5	3,8	3,9	4,8
Lebensstandard von Arbeitslosen	3,8	3,8	5,0	5,1	4,9	4,5	4,7	5,1	4,2	5,0	4,2	4,6	3,7	3,0	3,4	2,4	2,4	3,9	2,8	2,9	4,0
Chancen junger Menschen, ihre erste Stelle zu finden	4,7	3,6	5,1	6,1	5,4	5,0	4,7	7,1	5,6	6,5	4,7	6,0	3,4	2,9	3,1	3,8	2,7	3,9	3,7	3,5	4,6
Angebot bezahlbarer Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern	4,3	4,9	5,0	5,5	4,5	4,9	4,5	5,5	6,6	6,1	6,4	6,1	4,3	3,9	4,1	4,9	5,7	5,1	4,2	5,0	5,1
Zustand des Gesundheitssystems	4,7	6,0	7,4	6,2	7,0	6,3	5,9	5,8	6,6	6,0	6,0	6,1	6,1	4,3	5,2	3,8	3,8	5,4	4,4	4,3	5,6
Zustand des Bildungssystems	4,5	5,0	6,6	5,8	6,5	5,7	5,8	7,5	7,7	6,3	5,7	6,8	5,2	4,0	4,6	5,6	4,6	6,4	5,4	5,5	5,8
Ø	4,6	4,6	5,7	5,8	5,8	5,3	5,0	6,1	6,0	6,0	5,3	5,8	4,6	3,5	4,0	4,0	3,9	4,9	4,0	4,2	5,0

Anmerkung: Die Einstellungen werden auf einer Skala 0 „äußerst schlecht“ bis 10 „äußerst gut“ gemessen. Durchschnittswerte pro Land und Politikbereich (sowie Durchschnitt über alle Politikbereiche); Alle Länder = Arithmetisches Mittel aller Ländermittelwerte

Datenbasis: European Social Survey 4, 2008 (eigene Berechnungen)

**Grafik 1: Einstellungen zur Verantwortung des Staates und Bewertungen der Leistungen des Wohlfahrtsstaates**



Datenbasis: European Social Survey 4, 2008 (eigene Berechnungen)

wird. Vielmehr unterscheiden sich auch Länder, in denen ähnlich hohe Erwartungen an den Staat gerichtet werden, u. U. erheblich im Ausmaß der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der Bürger mit seinen Leistungen. Das mag vor allem daran liegen, dass die nationalen Wohlfahrtsstaaten sich in ihren Leitbildern, ihrem Entwicklungsniveau, ihren institutionellen Arrangements und folglich auch in ihrer spezifischen Leistungsfähigkeit, ihren Stärken und Schwächen erheblich voneinander unterscheiden und dass sich diese Unterschiede auch in der Wahrnehmung und Bewertung durch die Bürger niederschlagen.

Gruppirt man die Untersuchungsländer danach, ob sie über oder unter dem arithmetischen Mittel der jeweiligen Dimension liegen (7,5 für das Ausmaß der staatlichen Verantwortung, 5,0 für die wahrgenommene Leistungsfähigkeit), so ergeben sich folgende vier Cluster:

Die skandinavischen Länder sind dadurch gekennzeichnet, dass die Bürger vom Staat ein überdurchschnittlich hohes Maß an Verantwortung für die Wohlfahrt der Bürger erwarten und gleichzeitig überdurchschnittlich zufrieden mit seinen Leistungen sind. Dies kontrastiert sehr stark mit der Konstellation in den südeuropäischen Ländern (Spanien und Portugal) und zwei mittelosteuropäischen Ländern (Polen und Ungarn), wo zwar die Erwartungen an den Staat, für die Wohlfahrt seiner Bürger zu sorgen,

so sind es in Deutschland vor allem die soziale Sicherung von Arbeitslosen und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten für berufstätige Eltern, die von einer Mehrheit als unbefriedigend wahrgenommen werden (68% bzw. 54%). Aber auch der Zustand des Gesundheitssystems und des Bildungssystems wird – im Vergleich mit den übrigen Ländern – deutlich schlechter eingeschätzt.

Es zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen den beiden Dimensionen nicht sehr hoch ist. Es ist keineswegs generell so, dass die Zufriedenheit mit den Leistungen des Wohlfahrtsstaates dort besonders hoch ist, wo dem Staat eine hohe Verantwortung für die Wohlfahrt seiner Bürger zugeschrieben

Generell, d. h. über alle Aufgabenbereiche hinweg, werden die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in den skandinavischen Ländern (5,8) am positivsten bewertet, gefolgt von den kontinentaleuropäischen Ländern (5,3) und Großbritannien (5,0), also in jenen Ländern mit einer langen Tradition und einem hohen Institutionalierungsgrad des Wohlfahrtsstaates. Dies lässt den Schluss zu, dass die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen in der Wahrnehmung der Bürger – trotz mancher Kritik im Einzelnen – tendenziell positiv bewertet werden und spricht gegen Behauptungen einer weit verbreiteten Unzufriedenheit. Dagegen ist die Unzufriedenheit der Bürger überdurchschnittlich hoch in allen süd- und mitteleuropäischen Ländern, also jenen Ländern, in denen wohlfahrtsstaatliche Institutionen – aus unterschiedlichen Gründen – bisher nur rudimentär und unzureichend institutionalisiert sind.

**Differentielle Bewertungen von wohlfahrtsstaatlichen Zielen und Leistungen**

In einem nächsten Schritt sollen nun die beiden Dimensionen miteinander kombiniert werden, wobei das Ausmaß der gewünschten staatlichen Verantwortung und die wahrgenommene Leistungsfähigkeit jeweils durch die oben erläuterten zusammenfassenden Indizes operationalisiert werden.

**Tabelle 3: Einstellungen zur Verantwortung des Staates und Bewertungen der Leistungen des Wohlfahrtsstaates nach Ländern**

Staatliche Verantwortung	Hoch (>= 7,5)	Hoch (>=7,5)	Gering (< 7,5)	Gering (< 7,5)
	Bewertung der Leistungen			
	Hoch (>= 5,0)	Gering (< 5,0)	Hoch (>=5,0)	Gering (< 5,0)
	%			
Deutschland	16	29	23	31
Frankreich	15	25	28	33
Belgien	32	9	47	11
Niederlande	21	6	62	11
Schweiz	20	7	59	14
<b>Kontinentaleuropa</b>	<b>21</b>	<b>15</b>	<b>44</b>	<b>20</b>
Großbritannien	23	23	31	23
<b>Liberal</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>31</b>	<b>23</b>
Dänemark	49	11	32	8
Finnland	55	11	28	5
Norwegen	53	13	29	5
Schweden	40	23	24	14
<b>Skandinavien</b>	<b>49</b>	<b>15</b>	<b>28</b>	<b>8</b>
Spanien	30	46	12	12
Portugal	6	65	5	24
<b>Südeuropa</b>	<b>18</b>	<b>56</b>	<b>8</b>	<b>18</b>
Polen	12	49	8	31
Ungarn	15	59	8	18
Tschechien	23	27	29	22
Slowakei	8	37	16	39
<b>Mitteleuropa</b>	<b>15</b>	<b>43</b>	<b>15</b>	<b>27</b>
<b>Ø aller o. a. Länder</b>	<b>26</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>19</b>

Zu den verwendeten Skalen vgl. Tabelle 1 + 2

Datenbasis: European Social Survey 4, 2008 (eigene Berechnungen)

ebenfalls sehr hoch sind (z. T. sogar höher als in den skandinavischen Ländern), jedoch die Wahrnehmung seiner Leistungsfähigkeit erheblich schlechter d. h. unterdurchschnittlich, ausfällt.

Das umgekehrte Muster findet sich in einigen kontinentaleuropäischen Ländern (Belgien, den Niederlanden und der Schweiz), wo dem Staat eine vergleichsweise geringere Verantwortung für die Wohlfahrt seiner Bürger zugeschrieben wird, jedoch die Zufriedenheit mit seinen Leistungen ähnlich hoch ist wie in den skandinavischen Ländern. Zu dieser Gruppe kann man mit gewissen Abstrichen auch Großbritannien rechnen, auch wenn dort die Zufriedenheit mit den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen etwas geringer ausfällt, aber zumindest noch durchschnittlich ist. Schließlich gibt es eine Gruppe von Ländern, die ebenfalls durch vergleichsweise geringere Erwartungen der Bürger an den Staat gekennzeichnet sind, gleichzeitig aber durch eine relativ hohe Unzufriedenheit der Bürger mit seinen Leistungen. Zu diesen Ländern gehören zum einen – etwas überraschend – Deutschland und Frankreich, zum anderen mit Tschechien und der Slowakei zwei postsozialistische Staaten.

Die Länderzusammensetzung der Cluster lässt erkennen, dass diese *in Bezug auf die hier betrachteten Einstellungsdimensionen* zum Wohlfahrtsstaat keineswegs deckungsgleich mit den üblicherweise unterschiedenen Wohlfahrtsregimetypen sind. Insbesondere die üblicherweise dem konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsregime zugeordneten Länder erscheinen bezüglich der Einstellungen ihrer Bürger zum Wohlfahrtsstaat als keineswegs homogen. Ebenso wenig scheint dies der Fall zu sein bezüglich der „postsozialistischen“ Länder Mittelosteuropas, wo Tschechien und die Slowakei sich deutlich von Polen und Ungarn abheben. Demgegenüber bilden die nordeuropäischen Länder, die in der Typologie von Esping-Andersen allesamt dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime subsumiert werden, auch bezüglich der Einstellungen der Bevölkerung zum Wohlfahrtsstaat eine relativ homogene Ländergruppe.

#### **Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in kontinentaleuropäischen Ländern heterogen**

Ein solcher Ländervergleich auf der Basis von hoch aggregierten Daten (nationalen Durchschnittswerten) liefert allerdings nur eine erste grobe Orientierung. Deshalb haben wir in einem weiteren Analyseschritt die Einstellungsmuster der Bevölkerung in den einzelnen Ländern nach den oben unterschiedenen Konstellationen untersucht (vgl. Tabelle 3). Die Verteilung auf die vier Einstellungscluster bestätigt im Wesentlichen die bei der Analyse der nationalen Durchschnittswerte bereits erkennbaren Tendenzen. Die Unterschiede in den nationalen Einstellungsprofilen treten dabei oft noch deutlicher hervor.

In den skandinavischen Ländern stimmen fast zwei Drittel der Bürger einer hohen sozialpolitischen Verantwortung des Staates zu. Ebenfalls bewerten drei Viertel der Bürger auch die Leistungen der existierenden Wohlfahrtsstaaten überdurchschnittlich gut. Es gibt also einen weitgehenden Konsens: die stärkste Gruppe (rd. 50%) ist diejenige, die einen starken Wohlfahrtsstaat befürwortet und zugleich mit seinen Leistungen zufrieden ist. Die Gruppe derjenigen, die eine geringere Rolle des Staates wünscht und zugleich mit seinen Leistungen unzufrieden ist, liegt unter 10% (Ausnahme Schweden: 14%).

Ähnlich hoch, zum Teil noch höher sind die Erwartungen an die sozialpolitische Rolle des Staates in den süd- und mittelosteuropäischen Ländern. Aber in diesen Ländern ist die Mehrheit der Bevölkerung mit den Leistungen der existierenden Wohlfahrtsstaaten unzufrieden; ca. 70% der Bürger bewerten sie unterdurchschnittlich (hier bildet Tschechien mit „nur“ 50% Unzufriedenen eine partielle Ausnahme). Die oben erwähnte Heterogenität der kontinentaleuropäischen Länder bezüglich der Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat tritt ebenfalls deutlich zutage. In Belgien, den Niederlanden und der Schweiz möchte zwar eine Mehrheit der Bürger dem Staat eine vergleichsweise geringere Rolle für die Wohlfahrt der Bürger zubilligen. Jedoch ist eine noch größere Mehrheit von ihnen (ca. 80%) mit seinen Leistungen überdurchschnittlich zufrieden. Die Gruppe der „zufriedenen Wohlfahrtsstaatskritiker“ bildet in diesen Ländern die größte Gruppe.

Demgegenüber ist das Meinungsbild in Deutschland und Frankreich, aber auch in Großbritannien, weniger eindeutig. Hier sind zwar auch diejenige Bürger, die eine geringere Rolle des Staates wünschen, in der Mehrheit (54% – 61%); sie sehen sich aber einer starken Minderheit gegenüber (40% – 46%), die eine stärkere Verantwortung des Staates befürwortet. Ähnlich gespalten ist die Bewertung der Leistungen des Wohlfahrtsstaates in diesen Ländern. Eine Mehrheit in Deutschland und Frankreich (ca. 60%) bewertet sie unterdurchschnittlich, aber immerhin ca. 40% auch überdurchschnittlich. Die Gruppe der „unzufriedenen Wohlfahrtsstaatskritiker“ ist in diesen beiden Ländern die relativ stärkste. Überraschend ist in diesem Zusammenhang, dass die Leistungen des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien (als einem vergleichsweise liberalen Land) insgesamt positiver beurteilt werden als in Frankreich und Deutschland, zwei Ländern mit eher etatistischer Tradition.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass das *Konzept* des Wohlfahrtsstaates, d. h. die dem Staat zugeschriebene sozialpolitische Verantwortung und die damit implizierten Zielvorstellungen nach wie vor in allen untersuchten EU-Ländern – entgegen der verbreiteten Wohlfahrtsstaatskritik – auf eine hohe Akzeptanz stößt und dass die Erwartungshaltungen und Ansprüche der

Bürger an einen „optimalen“ Wohlfahrtsstaat im europäischen Vergleich recht ähnlich sind, jedenfalls ähnlicher, als es die unterschiedlichen nationalen Institutionalisierungsformen des Wohlfahrtsstaates zunächst erwarten lassen. Dagegen weist die Wahrnehmung und Bewertung der *Praxis* der wohlfahrtsstaatlichen Politik zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Diese länder- und regimespezifischen Bewertungsunterschiede scheinen demnach weniger auf unterschiedliche „Wohlfahrtskulturen“ (im Sinne kultureller Traditionen und/oder ideologischer Präferenzen) zurückzuführen zu sein als auf die unterschiedliche Performanz in der Realisierung der weithin geteilten Zielvorstellungen.

- 1 *Diese Unterscheidung entspricht weitgehend der von Roller (1992) vorgenommenen Unterscheidung zwischen Zielen und Folgen wohlfahrtsstaatlicher Aktivitäten als Gegenstand von Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat. In ähnlicher Weise unterscheiden Nüchter et al. (2010) in ihrer Studie zwischen Zielen des Sozialstaats und Ergebnissen sozialstaatlicher Aktivitäten.*
- 2 *Vgl. dazu den Beitrag von A. Scheuer (2012: 12-15) im Informationsdienst Soziale Indikatoren, Nr. 47.*
- 3 *Nach Esping-Andersens eigener Analyse (1990: 69ff.) ist der britische Wohlfahrtsstaat durch eine Mischung von liberalen und sozialdemokratischen Elementen charakterisiert. Ginsburg (1992: 139ff.) spricht von einem „liberal collectivist welfare state“. In ähnlicher Weise werden die Niederlande mitunter als eine Mischung von Elementen des konservativen und des sozialdemokratischen Regimetyps dargestellt.*
- 4 *Esping-Andersen hat diese beiden Länder noch nicht in seine Analyse einbezogen. Vor allem Ferrera (1998) betont die institutionellen Unterschiede zwischen den südeuropäischen und den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten. Italien konnte leider nicht in die vorliegende Analyse einbezogen werden, da es nicht zu den Teilnehmerländern des ESS gehört.*
- 5 *Bezüglich der genauen Frageformulierung vgl. <http://www.europeansocialsurvey.de/dokumentation/vierte.fragebogen.pdf>*
- 6 *In der wohlfahrtsstaatlichen Literatur wird die Frage kontrovers diskutiert, inwiefern die Bildungspolitik bzw. das Bildungssystem als Teil der Sozialpolitik betrachtet werden sollte. Doch wird in den letzten Jahren unter dem Gesichtspunkt der sozialen Chancengleichheit und der sozialen Investitionen die sozialpolitische Relevanz der Bildungspolitik verstärkt thematisiert (vgl. Allmendinger/Leibfried 2003).*

*Allmendinger, Jutta, Leibfried, Stefan, 2003: Education and the welfare state: the four worlds of competence production. In Journal of European Social Policy, 13. Jg., S. 63-81.*  
*Esping-Andersen, Gösta, 1990: The Three*

*Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton, N.J.

Ginsburg, Norman, 1992: *Divisions of Welfare. A Critical Introduction to Comparative Social Policy*, London.

Ferrera, Maurizio, 1998: *The Four 'Social Europes': Between Universalism and Selectivity*. In M. Rhodes, Y. Mény, (Hrsg.), *The Future of European Welfare. A New Social Contract?* 79-96, London.

Nüchter, Oliver, Bieräugel, Roland, Glatzer, Wolfgang, Schmid, Alfons, 2010: *Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung*, Opladen.

Roller, Edeltraud, 1992: *Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.

Scheuer, Angelika, 2012: *Breite Zustimmung für das europäische Modell eines starken Sozialstaats*. In *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 47, 12-15.

Svallfors, Stefan, 2003: *Welfare Regimes and Welfare Opinions: A Comparison of Eight Western Countries*. In *Social Indicators Research*, No. 64, 495-520.

Svallfors, Stefan (Hrsg.), 2012: *Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond*, Stanford, CA.

Van Oorschot, Wim, Meuleman, Bart, 2012: *Welfare Performance and Welfare Support*. In S. Svallfors (Hrsg.), *Contested Welfare States*, 25-57. Stanford, CA.

### Jürgen Kohl, Max-Weber-Institut für Soziologie

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg  
Tel.: 06221-542980  
juergen.kohl@soziologie.uni-heidelberg.de

## The Loneliness of the Unemployed: Social and Political Participation in Germany in a European Context

*The economic and social crisis highlights the importance of social connections, as they could potentially function as a sort of "personal safety net". These connections can provide social support, access to information, informal help or jobs, emotional support (Coleman 1990), and may deeply affect an individual's ability to cope with job loss or declining incomes. On a social level, political activities, volunteering, helping each other, keeping a promise or telling the truth, are the "cement of society". It becomes critically important in a social climate of increasing uncertainty and risk. This article focuses on social and political participation indicators, including trust, social meetings, political activities and social isolation. We present Germany in a European context, and also compare the situation of specific social groups in Germany. The unemployed are particularly exposed to social isolation: about one out of eight German unemployed have no close friend at all. In addition, they are less likely to be politically active, which reduces their interest representation potentials.*

There is an increasing recognition among policy-makers that "social connections and relationships" are a key dimension of well-being, reflected for example in the European years of Volunteering (2011) and that of Active Ageing (2012). The report by the "Stiglitz Commission" (Stiglitz, Sen and Fitoussi 2009) includes "social connections and relationships" as one of the dimensions of well-being.

The actions of one's peers and the group norm have a profound influence on individual's behaviour, although the impact is not always positive (mafia, gangs). In addition to our immediate connections, there is a more indirect network effect. Eating habits, health attitudes, sex norms are transferred to us through the friends of our friends, and we are influenced by people we do not even know personally (Christakis and Fowler 2009). Social capital can be regarded as a goal in itself, as social relationships, and interpersonal trust proved to bring happiness to

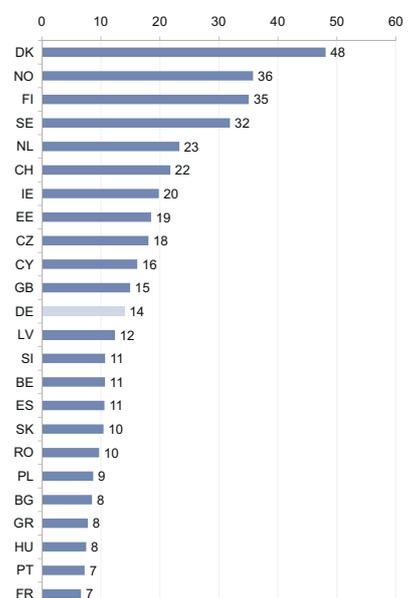
people's lives (Helliwell 2006). Marriage has the strongest effects (both in a positive and a negative way), but friends tend to be the source of companionship, and are leisure partners (Argyle 1999). People with stronger support networks were found to live longer (ibid, p. 362). People with more friends live longer in part because of the biochemical effects of social isolation, and in part because public health systems are more effective in areas of higher social capital (Stiglitz, Sen et al. 2009). Social isolation is a risk factor for premature death, to nearly the same degree as smoking (Berkman and Glass 2000). Social networks provide (1) social support, (2) social influence, (3) social engagement and attachment, and (4) access to resources and material goods (Berkman et al 2000). Granovetter (1973, 1983) distinguishes between "strong ties" which provide emotional support, and "weak ties" (acquaintances) which have a larger reach, and thus can be more useful with providing information or access to resources (e.g. jobs) or organizing collective action.

Unemployment was shown to have a negative impact on well-being, over and above the income loss (Winkelmann and Winkelmann 1998). Unemployment hurts, as it harms self-esteem and may bring a loss in personal connections and a sense of aimlessness. The detrimental effects are likely to be greater in cases where unemployment is involuntary and came unexpectedly. Social connections, especially contacts with employed friends, may help with finding jobs. On the other hand, the company of other workless people may ease the pain of unemployment as joblessness may feel more "normal" (Clark 2003).

This chapter focuses on social and political participation indicators, including (1) trust, (2) political activities, (3) social meetings and (4) social isolation, and discusses these four themes in this sequence. We seek to answer the following questions:

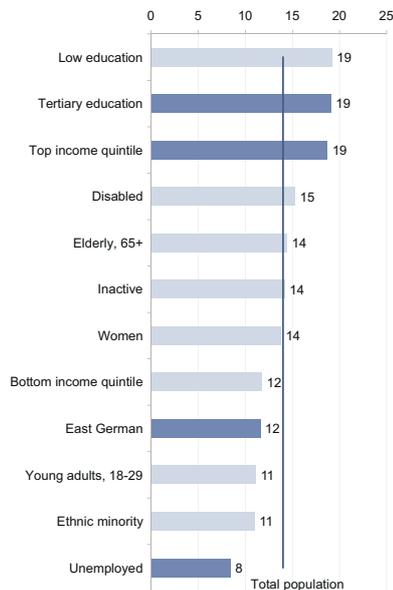
- Are there significant differences in the level of social trust across social groups: which groups are the most and least trusting in Germany?

Figure 1: % of population saying most people can be trusted, 2008



Database: Own calculations, based on the European Social Survey, ESS4-2008 Edition 4.0

**Figure 2: High trust across specific social groups in Germany, 2008, % within group**



Database: Own calculations, based on the European Social Survey, ESS4-2008 Edition 4.0

Notes: Bars with lighter shading indicate that the difference between the means is not significant at a 10% level.

Inactive: includes those in retirement, doing housework or those who are long term sick or disabled, and excludes those who are in full-time education.

Low education: less than lower secondary education (ISCED 0-1), for Germany: "Volks-/Hauptschule nicht beendet" or "Schule beendet ohne Abschluss einer weiterführenden Schule"

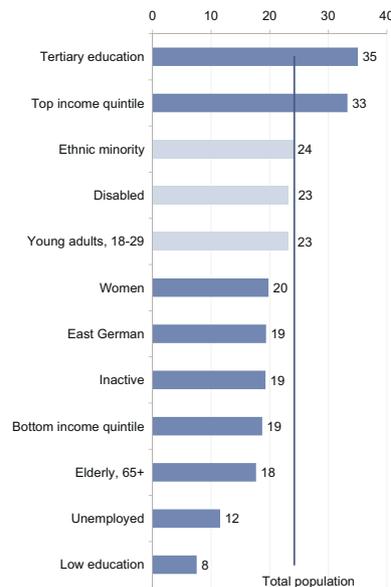
Disabled: those who say that they are hampered "a lot" in their daily activities by a longstanding illness, or disability, infirmity or mental health problem.

Ethnic minority: respondents saying that they belong to a minority ethnic group in the country.

- Are the unemployed more likely to be more politically active (given their more leisure time, their potentially greater dissatisfaction with the functioning of the political system) or less politically active (signalling disinterest, lack of motivation or a sense of powerlessness)?
- Are the unemployed more likely to spend much time with friends, making use of their greater leisure time?
- Are the unemployed more likely to be socially isolated and thus exposed to greater psychological distress and a lower chance for re-entry to the labour market?
- Is there a significant difference between the situation of the unemployed and other disadvantaged social groups (those with low schooling, the disabled or those on low incomes)?

The analysis is based on the European Social Survey Data (ESS)<sup>1</sup>. We restricted the sample to 24 countries, including EU member states and Norway. The resulting sample includes 46 000 individuals. The sample size varies between 1215 (Cyprus) and 2725 (Germany),

**Figure 3: Political activities across specific social groups in Germany, 2008, % within group**



Database: Own calculations, based on the European Social Survey, ESS4-2008 Edition 4.0,

Notes: See Figure 2.

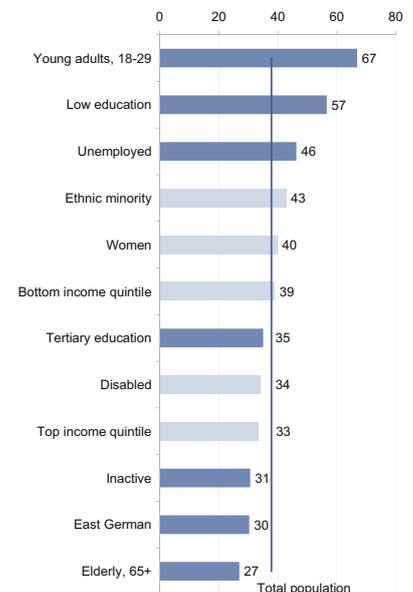
and covers the adult population aged 15 or over. The field work was conducted in 2008 or 2009, in Germany it was between 27 July 2008 and 31 January 2009. The final sample size for Germany includes 2751 individuals after a response rate of 48%. After excluding missing values (item non-response) in key variables of interest, it falls to 2725.

### Lower trust among the unemployed

Trust is a key measure of social cohesion. Our measure of trust is bipolar, ranging from mistrust to a high level of general social trust towards "most people", using a scale from 0 to 10<sup>2</sup>. We focus on high trust, on those who gave scores of 8, 9 or 10 to this question. They make up 16% of the total sample and 14% of the German sample.

The share of trustful Germans appears to be below the level of Nordic countries, but higher than in most Eastern European nations. In Germany, 14% of the population thinks that most people can be trusted (giving values of 8 to 10 on a scale of 1 to 10), which is about the average value in our sample of European countries (Figure 1). In Sweden, Finland, Norway and Denmark, 30% or more people report a high level of trust (scores 8 to 10). Denmark has the highest level of trust, with about half of the population being very trusting. This is not related to the particular cut-off point of our measure, as the Danes report the highest level of trust in case of alternative measures as well (using 9 and 10, or using only 10 as response categories). 2% of Germans responded with the maximum value of 10 on the scale (with answers ranging from 0.2% to 6.0% in other countries).

**Figure 4: Intense social contacts across specific social groups in Germany, 2008, % within group**



Database: Own calculations, based on the European Social Survey, ESS4-2008 Edition 4.0

Notes: Intense social contacts: meeting friends, relatives or colleagues every day or several times a week. See also the Notes under Figure 2.

There is a significantly lower prevalence of highly trusting people among the unemployed. They are thus more likely to believe that other people will not cooperate with them, which in itself could be a barrier for making contacts and making use of contacts.

The below-average trust value of East Germans may be connected to the cultural heritage of the Socialist regime, similar to the relatively low values of other Eastern European countries (Figure 2).

People with high income levels or high level of education are more likely to say that most people can be trusted (19% versus 14% among the total population, as shown by Figure 2). Although the average value is also high for those with low education, the confidence interval of the estimates is very wide, between 8% and 28%, partly due to the small number of observations, so the difference compared to the rest of the population is not statistically significant.

### Germans are active by international comparison, however strong social disparities in political participation

We measure rather diverse facets of political participation, including political commitment as party membership, or simply an occasional action like signing a petition<sup>3</sup>. Among these activities, people are least likely to work in a political party or take part in a public demonstration, and most likely to sign a petition, contact a politician and boycott certain products, although there is a large variation across countries (Table 1).

The share of the population who worked in a political party or action group varies between 1% (Hungary) and 9% (Cyprus) across the European countries in our sample. The range is much wider for signing a petition: 3% (Romania) to 47% (Sweden).

Germany has a relatively large politically active population in a European comparison. Over one in four Germans have worked in an organization or association and about one in three persons signed a petition or boycotted certain products during the past 12 months. Wearing a campaign badge is not particularly popular in the country, with only 5% of the population doing so.

High income and highly educated social groups are more likely to engage in political activities (Figure 3). In contrast, many groups at risk of social exclusion, including the unemployed, those with low education and low income play a little role in trying to influence politics affecting their lives. Similarly, the political engagement of East Germans, inactive population, the elderly (which largely overlaps with the former category of the inactive, given that a large part of the latter consists of pensioners), and also that of women remains below the national average. These differences were found to be statistically significant.

#### The young, those with low education and the unemployed maintain the most intense social contacts

Our measure of social contacts refers to meeting friends, colleagues or relatives out of personal choice, rather than based

on duty or related to work. We created an indicator for intense social contacts, indicating whether an individual meets friends, relatives or colleagues every day or several times a week<sup>4</sup>. 43% of the total sample, and 36% of the German sample are estimated to have intense social contacts according to this definition.

Most people like to spend time with friends and benefit greatly from doing so. A simple hypothesis may assume that those with much leisure time are most likely to see their friends a lot. We would expect students, young people or the unemployed to do so. On the other hand, some people may not do this if they do not have friends or are reluctant to see them. The unemployed may be affected if their circle of friends greatly overlapped with former colleagues or if they are ashamed or feel to be “different” and may thus avoid (working) friends. People of older age may want to maintain intense social contacts, but they have often lost many of their friends or even their spouse, leaving a “social vacuum” behind. They may be also hindered by activity limitations, which may physically impede them to go out and see others. For these reasons, the elderly may be less able to maintain intense social contacts.

The unemployed, those with low education, and young adults are more likely to have intense social contacts (Figure 4). Comparing these figures with those in Figure 6 on social isolation (rare or no meeting) provides an interesting social profile of social contacts. The elderly, the inactive and East Germans are

more likely to be socially isolated and less of them engage in intense social contacts, which is a rather consistent pattern (Figure 4 and 5). Similarly consistent findings refer to young adults, who are socially very active and very few of them are socially isolated.

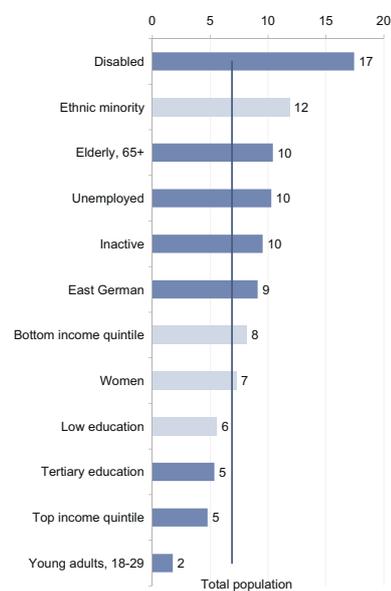
Both social isolation and intense social contacts are more prevalent among the unemployed. Our calculations suggest two distinct subgroups: unemployed who are actively seeking work are more likely to have intense social contacts and are less likely to be isolated (48% and 7%, respectively). In contrast, unemployed who are passive and have given up job search, tend to suffer more from isolation and are less likely to have intense social contacts (42% vs. 19%, respectively). The polarization suggests that it is not only the availability of free time (the opportunity cost of time), which determines the intensity of social contacts. There may be a behavioural pattern which may be called a strive for connectedness, which is manifested both in the quest for jobs and for social contact with people. The unemployed are thus far from being a homogenous group, as indicated by the polarised pattern of social networking.

Highly educated people seem to prefer a golden middle way: they are less likely to have intense social personal contacts with friends or relatives, and in parallel, they are also less likely to be socially isolated. They are likely to have scarce leisure time, but seem to make sure that they are not cut off from friends and relatives together. This group is probably more likely to use alternative, non-personal methods

**Table 1: Political participation in the past 12 months, 2008, % within countries**

	contacted politician or government official	worked in political party or action group	worked in another organisation or association	worn or displayed campaign badge/sticker	signed petition	taken part in lawful public demonstration	boycotted certain products
DE	17	4	26	5	31	8	31
BE	15	4	21	7	28	7	11
BG	5	4	2	3	7	4	4
CH	12	5	13	7	38	8	25
CY	20	9	7	7	6	2	6
CZ	16	2	9	4	15	5	7
DK	19	5	25	11	34	9	22
EE	11	3	5	5	8	2	56
ES	10	3	10	5	17	16	8
FI	21	4	34	15	32	2	30
FR	15	4	15	11	34	15	28
GB	17	2	7	6	38	4	24
GR	10	4	4	3	4	6	14
HU	9	1	5	1	7	2	6
IE	23	5	17	10	24	10	14
LV	12	1	3	4	6	7	5
NL	14	3	26	5	24	3	9
NO	22	6	28	26	38	7	23
PL	7	3	6	4	8	2	5
PT	7	1	3	3	5	4	3
RO	11	6	3	4	3	4	3
SE	15	4	27	18	47	7	37
SI	11	3	2	4	9	2	5
SK	7	2	6	2	22	2	7

**Figure 5: Social isolation (rare or no meeting) across specific social groups in Germany, 2008, % within group**



Database: Own calculations, based on the European Social Survey, ESS4-2008 Edition 4.0

Notes: See Figure 2.

of personal interaction, including e-mails or social media.

### Social isolation hits the unemployed and the elderly, but is highest among the disabled

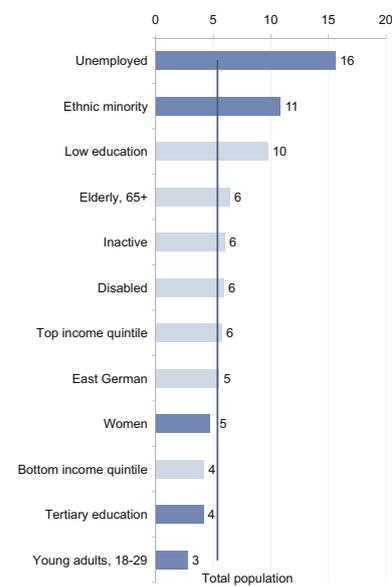
Social isolation, measured as rare or no social contact<sup>5</sup>, is very high among the disabled, over twice as frequent as among the general population (Figure 5). 17% of those who are hampered a lot in their daily activities by disability are isolated socially. Old age, inactivity or unemployment, or living in East Germany also increases the prevalence of social isolation.

Isolation is relatively low among young adults, the top income quintile and those with tertiary education. Young adults seem to be particularly well protected against isolation, with less than 2% affected.

For a number of social groups, we did not find a statistically significant difference: ethnic minorities, low education, and women. There is a particularly wide dispersion among the ethnic minority groups (the 95% confidence interval ranges from 5% to 17%).

An alternative measure of social isolation, defined as the share of those who have nobody with whom they could talk about personal matters, shows much less pronounced pattern across social groups (Figure 6). It is also evident that more people have little or no personal contacts than no close relationship (nobody with whom they could talk about personal matters). Many people may have no personal contacts, but still feel

**Figure 6: Social isolation (no friend) across specific social groups in Germany, 2008, % within group**



Database: Own calculations, based on the European Social Survey, ESS4-2008 Edition 4.0

Notes: See Figure 2.

connected to at least one person. It may be partly due to the increasing importance of alternative communication methods (phone, e-mail, internet platforms) or possibly professional care. The difference between the two indicators is particularly marked for the disabled, who were found to be the most disadvantaged group in terms of lack of social contacts, but they are not significantly different from the total population in terms of having no supportive contact or relationship.

The unemployed are the most exposed to social isolation, about 16% of them having no close friend. Isolation is lower among the unemployed who are actively seeking a work and higher among those who do not seek work actively.

Women, young adults and those with tertiary education are much less likely to be without a close friend. The ratio is the smallest among young adults, with around 3%. This confirms earlier evidence with the alternative indicator.

There are consistent patterns indicating the disadvantage of the unemployed population in Germany: They are less likely to be trusting, more likely to be socially isolated, and less likely to be engaged in political activities. On the other hand, the unemployed are more likely to maintain intense social contacts, and it is especially so among those who are actively seeking work. The unemployed are thus far from being a homogenous group.

The accumulation of social isolation and unemployment warrants for caution.

Almost one out of six German unemployed claims that they have no one to discuss intimate and personal matters with. This, combined with the mental stress related to unemployment, is likely to make them more prone to psychological hardship, which may well have physical health consequences as well. All this may greatly impair their ability to re-enter the labour market or even to engage in meaningful social activities such as volunteering or home care.

The situation of the unemployed is polarised. Both social isolation and intense social contacts are more prevalent among the unemployed. We found that the unemployed who are actively seeking a job are much better integrated socially than others who gave up searching. The unemployed who are seeking a job actively are much more likely to maintain intense social contacts and are less likely to become isolated. The direction of causality may run both ways here: unemployed with intense social life may find it easier to remain active in their job search, or those who are determined to find a job may make more efforts to keep their social contacts alive. In addition, there may be a behavioural trait behind this relationship, influencing both job search and social networking: extroverts may be more active seeking a job and the company of other fellow humans. We are not able to disentangle these different effects here due to data constraints, but it is clear that social contacts have a significant impact on the behaviour, job search and well-being of the unemployed.

Policy efforts fostering the social engagement and the social contacts of people may play a key role in cushioning the negative effects of unemployment, and at the same time helping entry into the labour market.

- 1 The ESS4-2008 Edition 4.0 was released on 2 February 2011. Norwegian Social Science Data Services, Norway - Data Archive and distributor of ESS data.
- 2 Measure of trust: "Generally speaking, would you say that most people can be trusted, or that you can't be too careful in dealing with people?" Answers: score of 0 to 10, where 0 means you can't be too careful and 10 means that most people can be trusted. We focus on those who gave scores of 8, 9 or 10 to this question.
- 3 „There are different ways of trying to improve things in [country] or help prevent things from going wrong. During the last 12 months, have you done any of the following? Have you...
  - contacted a politician or government or local government official?
  - worked in political party or action group?
  - worked in another organisation or association?
  - worn or displayed campaign badge/sticker?
  - signed a petition?

– taken part in a lawful public demonstration?

– boycotted certain products?"

Answers: yes or no.

4 „How often do you meet socially with friends, relatives or colleagues?"

„Meet socially" implies meet by choice rather than for reasons of either work or pure duty.

Answers: 1 never, 2 less than once a month, 3 once a month, 4 several times a month, 5 once a week, 6 several times a week, 7 every day.

5 „Do you have anyone with whom you can discuss intimate and personal matters?"

„Intimate" implies things like sex or family matters, "personal" could include work or occupational issues as well.

Answers: 1 yes, 2 no.

We use the term "no friend" for those who gave the answer "no".

Argyle, Michael, 1999: *Causes and correlates of happiness*. In D. Kahneman, E. Diener, N. Schwarz (Eds.), *Well-Being. The Foundations of Hedonic Psychology*, 353–373. New York: Russell Sage Foundation.

Berkman, Lisa F. and Glass, Thomas, 2000: *Social integration, social networks, social support, and health*. In L. F. Berkman, I. Kawachi (Eds.), *Social Epidemiology*. Oxford: Oxford University Press.

Berkman, Lisa F., Glass, Thomas, Brissette, Ian, Seeman, Teresa E., 2000: *From social integration to health: Durkheim in the new millennium*. In *Social Science & Medicine*, 51: 843–857.

Christakis, Nicholas, Fowler, James, 2009: *Connected: The Amazing Power of Social Networks and How They Shape Our Lives*. New York: Little, Brown and Company.

Clark, Andrew E., 2003: *Unemployment as a social norm: psychological evidence from panel data*. In *Journal of Labor Economics*, 21(2), 323–351.

Coleman, James, S., 1990: *Foundations of Social Theory*. Cambridge, Massachusetts. The Belknap Press of Harvard University Press.

Granovetter, Mark S., 1973: *The Strength of Weak Ties*. In *American Journal of Sociology* 78(6): 1360–80.

Granovetter, Mark S., 1983: *The Strength of the Weak Tie: Revisited*. *Sociological Theory* 1: 201–33

Stiglitz, Joseph E., Amartya Sen, Jean-Paul Fitoussi, 2009: *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Available: [www.stiglitz-sen-fitoussi.fr](http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr).

Winkelmann, Liliana, Winkelmann, Rainer, 1998: *Why are the unemployed so unhappy? Evidence from panel data*. In *Economica*, 65, 1–15.

**Orsolya Lelkes, European Centre for Social Welfare Policy and Research**  
1090 Vienna, Austria  
Tel.: +43-1-319 4505-49  
[lelkes@euro.centre.org](mailto:lelkes@euro.centre.org)

# Strategie des „active ageing“ in Deutschland besonders erfolgreich

## Objektive und subjektive Indikatoren zum Übergang in den Ruhestand im europäischen Vergleich

Die Frage, bis zu welchem Alter Erwerbstätige ihre Beschäftigung in der Regel ausüben müssen und wann sie in den Ruhestand eintreten können, ist hierzulande in den vergangenen Jahren intensiv diskutiert und 2007 durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages politisch entschieden worden. Allerdings bleibt die Entscheidung, die Regelaltersgrenze sukzessive auf 67 Jahre anzuheben, bis heute umstritten. Während auf der einen Seite gefordert wird, die Anhebung der Altersgrenze rückgängig zu machen, geht anderen die Anhebung nicht weit genug. Begründet wird die Verlängerung der Lebensarbeitszeit vor allem mit dem demographischen Wandel und einer höheren Lebenserwartung, die – bedingt durch eine gleichzeitig wachsende Ruhestandsdauer und das Umlagesystem der Rentenversicherung – eine zunehmende Belastung der jüngeren Generationen mit sich bringt. Argumentiert wird zudem mit der gestiegenen Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer und einem sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangel in Deutschland. Einwände gegen die Anhebung der Altersgrenze stützen sich dagegen auf Beobachtungen, dass viele Arbeitnehmer schon heute den Belastungen nicht gewachsen sind und vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen sowie die geringen Chancen, die ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Diese Diskussion wird in ähnlicher Weise gegenwärtig auch in anderen europäischen Ländern geführt, wobei sich nicht nur die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die darauf bezogenen Reformanstrengungen, sondern auch die tatsächlichen Prozesse des Übergangs in den Ruhestand in der Europäischen Union derzeit erheblich unterscheiden.

Der vorliegende Beitrag untersucht, wie sich das Geschehen des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern darstellt und in den zurückliegenden Jahren verändert hat und kontrastiert die Ergebnisse mit Befunden zu den in der Bevölkerung dazu vorherrschenden Präferenzen und subjektiven Bewertungen. Im Einzelnen sollen die folgenden Fragen angesprochen werden:

- Wie gestaltet sich die Erwerbsbeteiligung im höheren Lebensalter, und wie hat sie sich in Deutschland – auch im Vergleich zu den anderen EU-Mitgliedsländern – seit dem Ende der 1990er Jahre entwickelt?
- Wie unterscheiden sich die gesetzlichen Altersgrenzen, das tatsächliche Renteneintrittsalter sowie die zu erwartende Dauer der im Ruhestand verbrachten Lebenszeit zwischen den europäischen Ländern?
- Bis zu welchem Lebensalter glauben die Beschäftigten ihren derzeitigen Beruf ausüben zu können, und wie schätzen sie selbst die voraussichtliche Dauer des Lebens im Ruhestand ein?
- Würden es die Bürger vorziehen, auch nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze eine Erwerbstätigkeit ausüben zu können und beabsichtigen sie selbst über die Altersgrenze hinaus einer Beschäftigung nachzugehen?
- Wie beurteilen die Bürger die Möglich-

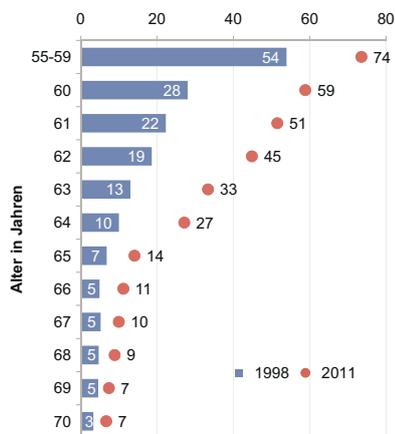
keit eines flexibleren Übergangs in den Ruhestand im Vergleich zu den derzeitigen, zumeist starren Regelungen?

Die Analysen stützen sich auf unterschiedliche Informationsgrundlagen. Neben Daten der amtlichen Statistik, die vor allem für die Betrachtung der Erwerbsbeteiligung und -dauer sowie das Renteneintrittsalter und die Ruhestandsdauer herangezogen werden, basiert die Untersuchung der auf den Übergang in den Ruhestand bezogenen Präferenzen und subjektiven Einschätzungen der Bürger auf Daten einer Eurobarometer-Befragung aus dem Jahr 2011<sup>1</sup>.

### Strategie des „active ageing“ trägt Früchte

„Active ageing“ ist das Stichwort, unter dem vor allem auch auf der Ebene der europäischen Politik eine Strategie verfolgt wird, die Nachhaltigkeit der Rentensysteme sicherzustellen und dabei gleichzeitig „adäquate Renten“ zu gewährleisten (European Commission 2012b). Dabei geht es primär darum, einem langjährigen Trend zu einer „Entberuflichung des Alters“ und einem vorzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben entgegenzuwirken, wie er sich insbesondere auch in Deutschland – schon in den 1970er Jahren einsetzend – bis etwa in die zweite Hälfte der 1990er Jahre manifestiert hatte.<sup>2</sup>

**Grafik 1: Altersspezifische Erwerbstätigenquoten – Deutschland 1998 und 2011, in %**



Datenbasis: Mikrozensus 1998 SUF (eigene Berechnungen) und Destatis (2012) Fachserie 1 Reihe 4.1.1

Zu dieser Entwicklung einer kontinuierlich rückläufigen Erwerbsbeteiligung der älteren Bevölkerung hatten sowohl arbeitsmarktbezogene Faktoren als auch institutionelle Regelungen der Arbeitslosen- und Alterssicherung beigetragen, die den potenziellen Nutznießern – Arbeitnehmern und Arbeitgebern – attraktive, aber für die Sicherungssysteme höchst kostspielige, Möglichkeiten und Anreize für eine frühzeitige Beendigung des Erwerbslebens, u. a. über verschiedene Vorruhestandsmodelle, boten. Nachdem vor allem die damit verbundenen hohen und langfristig untragbaren finanziellen Belastungen der Sicherungssysteme ein Umdenken bewirkt hatten, war es in erster Linie die Politik, die diesem Trend durch verschiedene Maßnahmen entgegenzusteuern suchte und einen Wiederanstieg des Beschäftigungsniveaus der älteren Bevölkerung anstrebte.<sup>3</sup> Diese Anstrengungen, zu denen unter anderem auch die sogenannten „Hartz-Reformen“ zu zählen sind, haben hierzulande mittlerweile beachtliche – und noch vor einigen Jahren kaum für möglich gehaltene – Früchte getragen.

### Starker Anstieg der Erwerbsbeteiligung der älteren Bevölkerung in Deutschland

Wie an der Erwerbstätigenquote abzulesen ist<sup>4</sup>, übte am Ende der 1990er Jahre in der Gruppe der 55-59-Jährigen lediglich gut jeder Zweite eine Erwerbstätigkeit aus, in der Gruppe der 60-64-Jährigen weniger als jeder Fünfte und unter den 64-Jährigen sogar nur noch jeder Zehnte (Grafik 1)!<sup>5</sup> Im Vergleich dazu hat sich die Erwerbsbeteiligung der Älteren inzwischen drastisch erhöht: 2011 gingen rund drei Viertel der 55-59-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nach und bei den 60-64-Jährigen hat sich der Anteil der Erwerbstätigen mit 47% im Vergleich zu 1998 mehr als verdoppelt, für einige Altersjahre – wie z. B. die 64-Jährigen – sogar fast verdreifacht.<sup>6</sup>

Bemerkenswert ist auch die ebenfalls deutliche Steigerung der Erwerbsbeteiligung

bei Personen ab 65 Jahren: So gingen 2011 14% der 65-Jährigen und immerhin noch 7% der 70-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nach, wobei der bemerkenswerte Anstieg in diesem Zeitraum noch nicht auf die Erhöhung der Altersgrenze zurückzuführen ist. Die Gründe für die allgemeine Trendwende dürften vielmehr in der seit etlichen Jahren günstigen Arbeitsmarktentwicklung sowie vor allem der sukzessiven Schließung der „Exit-Optionen“ zu suchen sein, also der durch die Ausgestaltung der Sicherungsinstitutionen offerierten Möglichkeiten eines vorzeitigen Ausstiegs aus der Erwerbstätigkeit.<sup>7</sup> Nicht auszuschließen ist jedoch, dass für Personen, die über die Altersgrenze hinaus erwerbstätig bleiben, teilweise auch wirtschaftliche Zwänge eine Rolle spielen könnten.

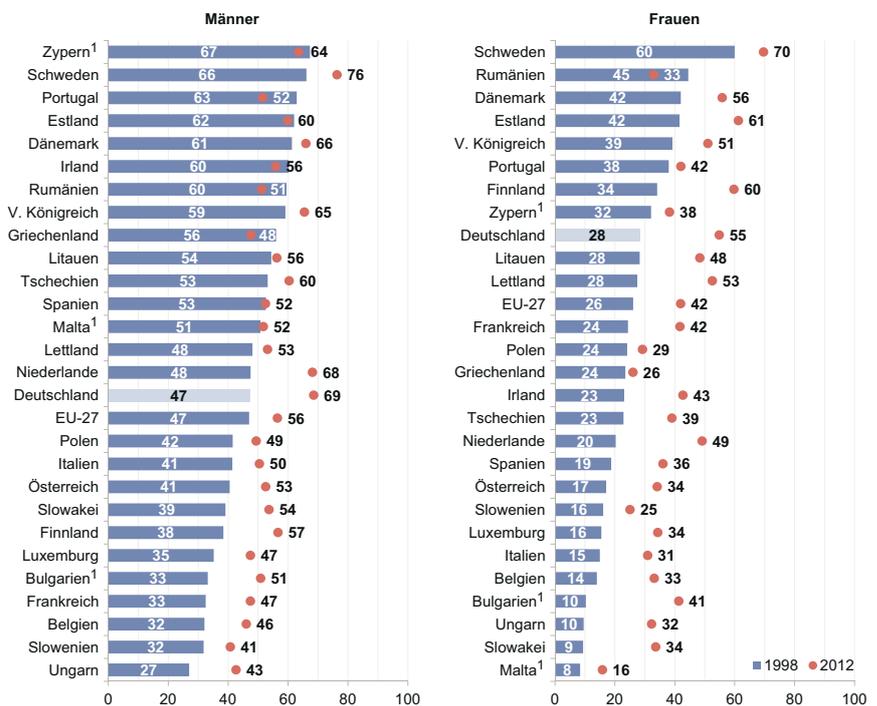
Hinsichtlich der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Älteren scheidet Deutschland auch im europäischen Vergleich ausgesprochen gut ab: In der Gruppe der 55-64-Jährigen Männer hat die Erwerbstätigenquote zwischen 1998 und 2012 in Deutschland stärker zugenommen als in jedem anderen der 27 EU Mitgliedsländer (Grafik 2). Aber auch in Relation zur allgemeinen Beschäftigungsentwicklung zeigt sich in Deutschland ein überproportionaler Zuwachs der Erwerbsbeteiligung der älteren Männer, der klar über dem EU-27 Durchschnitt liegt. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen hat in Deutschland im Beobachtungszeitraum ebenfalls stärker zugenommen als im Durchschnitt der EU-27 Länder. Zusammen mit einigen anderen Ländern nimmt Deutschland – sowohl bei dem am absoluten wie auch relativen Anstieg der Erwerbstätigenquote gemessenen Zuwachs – in diesem Zeitraum auch bei den Frauen eine europäische Spitzenposition ein. Ein Rückgang der Erwerbsbeteiligung

in der hier betrachteten Altersgruppe ist im Beobachtungszeitraum für Männer insbesondere in einigen der von der Finanzkrise betroffenen Ländern (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Zypern), sowie wenigen osteuropäischen Ländern (Estland, Rumänien) zu beobachten. Die Erwerbsbeteiligung der 55-64-Jährigen Frauen ist dagegen im Beobachtungszeitraum in allen EU-27 Ländern, mit Ausnahme von Rumänien, gestiegen.

### Erwerbslosigkeitsrisiko älterer Erwerbstätiger in Deutschland deutlich gesunken

Die Betrachtung der Erwerbsbeteiligung in den dem „normalen“ Renteneintrittsalter vorgelagerten Altersjahren bietet wichtige Einblicke, aber alleine noch kein vollständiges Bild des Übergangs in den Ruhestand, weil Personen, die aus der Erwerbstätigkeit ausscheiden, nicht nur in den Rentner- oder Pensionärstatus einmünden, sondern auch erwerbslos werden oder in einen anderen Status der Nichterwerbstätigkeit eintreten können. Eine – an der Erwerbstätigenquote gemessene – zunehmende Erwerbsbeteiligung kann daher durchaus mit einem hohen und unter Umständen sogar wachsenden Erwerbslosigkeitsrisiko der älteren Bevölkerung einhergehen, insbesondere wenn ältere Beschäftigte nach einem Verlust des Arbeitsplatzes kaum noch Chancen auf eine Wiederbeschäftigung haben. Ein Blick auf die Erwerbslosenquote der 50-64-Jährigen verdeutlicht allerdings<sup>8</sup>, dass sich in dem hier betrachteten Zeitraum auch das Erwerbslosigkeitsrisiko der älteren Beschäftigten in Deutschland beträchtlich verringert hat: Zwischen 1998 und 2011 ist die entsprechende Quote bei Männern von 12,0

**Grafik 2: Erwerbstätigenquote der 55-64-Jährigen – EU-27 1998 und 2012, in %**



Datenbasis: Eurostat 2013 (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>) 1) Wert aus 2000; (eigene Darstellung)

auf 6,1% und bei Frauen von 15,0 auf 5,8% gesunken. Die über viele Jahre überdurchschnittlich hohe Erwerbslosigkeit der Älteren ist damit auf das Niveau des allgemeinen Bevölkerungsdurchschnitts gesunken. Im europäischen Vergleich gehört Deutschland hinsichtlich der Erwerbslosigkeit der 50-64-Jährigen zwar nicht zu den „best performers“, schneidet aber sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern deutlich besser ab als der Durchschnitt der EU-27 (Frauen: 6,5%; Männer: 7,2%) und EU-15 Länder (Frauen: 6,3%; Männer: 7,1%)<sup>9</sup>. Da ein Austritt aus dem Arbeitsmarkt auch bei älteren Beschäftigten nicht unbedingt mit einem gleichzeitigen Eintritt in den Ruhestand einhergehen muss, stellt die separate Betrachtung des Eintritts in den Ruhestand eine relevante Ergänzung der Untersuchung des Übergangsgeschehens dar. Von zentraler Bedeutung sind dafür zunächst die institutionellen Regelungen des Rentenzugangs, wobei sich die Betrachtung an dieser Stelle auf die gesetzlich festgelegte Regelaltersgrenze beschränken muss, die in Deutschland 2007 – für Frauen und Männer gleichermaßen – auf 67 Jahre angehoben

wurde. Die Anhebung erfolgt jedoch stufenweise und erstreckt sich über einen Zeitraum von 18 Jahren, so dass sie in vollem Umfang erst im Jahr 2029 für die Geburtsjahrgänge ab 1964 wirksam wird.

#### Gesetzliches Renteneintrittsalter steigt in vielen Ländern der Europäischen Union

Eine Übersicht über die derzeit gültigen sowie die infolge von bereits durch die Gesetzgebung eingeleiteten zukünftigen Regelaltersgrenzen in den 27 Mitgliedsländern der EU offenbart (Tabelle 1), dass Deutschland mit den getroffenen Maßnahmen zu den Vorreitern in Europa gehört. Allerdings haben – auch angestoßen durch Empfehlungen der Europäischen Kommission – inzwischen eine Vielzahl der Mitgliedsländer Reformen eingeleitet, die früher oder später ebenfalls zu einer Anhebung der Regelaltersgrenze führen werden (European Commission 2012b). Nach gegenwärtigem Stand wird das durchschnittliche gesetzliche Renteneintrittsalter im Jahre 2020 aber voraussichtlich immer noch in acht von 27 EU-Mitgliedsländern unter

65 Jahren liegen. Für Frauen und Männer unterschiedliche gesetzliche Altersgrenzen, deren Angleichung in Deutschland bereits mit dem Rentenreformgesetz von 1992 eingeleitet und infolge des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes von 1996 beschleunigt umgesetzt wurde, galten 2009 noch in 13 der 27 EU-Länder, werden aber über 2020 hinaus nur noch in 4 der 27 Länder Bestand haben.

Von der gesetzlich festgelegten Regelaltersgrenze zu unterscheiden ist das tatsächliche oder effektive durchschnittliche Renteneintrittsalter, das – sieht man von Erwerbsminderungsrenten ab<sup>10</sup> – in der Regel aufgrund von Übergangsregelungen und sonstigen Ausnahmetatbeständen hinter dem gesetzlichen Eintrittsalter zurückbleibt. Dabei ist der vorzeitige Renteneintritt allerdings vielfach mit Abschlägen im Rentenniveau verbunden. Betrachtet man nur die Zugänge in die reguläre Altersrente, hat sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter von 62,3 Jahren im Jahr 2000 auf 63,5 Jahren im Jahr 2011 erhöht (Deutsche Rentenversicherung Bund 2012) und ist – nach bisher

**Tabelle 1: Gesetzliche Regelaltersgrenze, effektives Renteneintrittsalter und voraussichtliche Jahre im Ruhestand in der EU<sup>1</sup>**

	Gesetzliche Regelaltersgrenze			effektives Renteneintrittsalter (2006-2011)		Voraussichtliche Jahre im Ruhestand <sup>2</sup>	
	2009 M/F	2020 M/F	nach 2020 M/F	M	F	M	F
Belgien	65	65	-	59,6	59,0	23,0	27,3
Bulgarien	63/60	63/60	65/63	61,8	60,1	16,8	21,9
Dänemark	65	(66)	67+ <sup>5</sup>	63,5	61,4	18,5	23,3
Deutschland	65	65,8	67	61,9	61,4	20,9	24,5
Estland	63/61	64	65	64,5	62,6	14,7	21,8
Finnland	65/65, 63-68 <sup>3</sup>	65, 63-68 <sup>3</sup>	-	61,8	62,0	20,7	24,5
Frankreich	60-65	62-67	-	59,1	59,5	24,8	28,9
Griechenland	65/60	65	(69,3) <sup>5</sup>	61,8	59,9	21,7	25,5
Irland	65	66	68	63,3	63,5	19,8	22,6
Italien	65/60	66,9	(70,3) <sup>5</sup>	60,8	59,2	22,8	28,2
Lettland	62	(64,5)	(65)	65,2	64,5	13,2	18,7
Litauen	62,5/60	64/63	65	63,7	61,7	14,8	21,7
Luxemburg	65	65	-	58,0	58,6	24,3	28,0
Malta	61/60	63	65	61,0	60,0	22,4	26,1
Niederlande	65	65 (66)	65 (67)	63,6	62,0	19,1	24,0
Österreich	65/60	65/60	65	60,4	58,4	22,5	28,0
Polen	65/60	65/60 (67/?)	(67)	61,5	59,4	18,6	25,1
Portugal	65	65	-	66,2	65,1	15,9	20,5
Rumänien	63,3/58,3	65/60	65/63	64,7	62,1	14,3	20,1
Schweden	61-67	61-67	-	66,3	64,4	17,0	21,8
Slowakei	62/57,5-61,5 <sup>4</sup>	62	-	60,4	57,7	18,6	25,3
Slowenien	63/61	63/61	-	61,7	58,0	20,1	28,0
Spanien	65	65 (66,3)	67	62,3	63,4	21,3	24,3
Tschechien	62/60	63,8/63,7	65	62,6	59,1	17,9	24,9
Ungarn	62	64	65	60,4	58,9	18,7	24,3
Großbritannien	65/60	66	68	63,6	62,3	19,7	23,6
Zypern	65	65	-	65,3	60,8	18,0	25,2

<sup>1</sup> Werte in Klammern sind vorhergesagt, aber bisher noch nicht gesetzlich verabschiedet

<sup>2</sup> Differenz aus der mittleren Lebenserwartung 65-Jähriger (2011) und dem effektiven Renteneintrittsalter (2006 - 2011)

<sup>3</sup> Universelle Volksrente ab 65 Jahren. Flexibles Renteneintrittsalter für steuer- und beitragsfinanzierte Rente

<sup>4</sup> Abhängig von der Zahl der Kinder

<sup>5</sup> Gekoppelt an Entwicklung der Lebenserwartung; Werte von Griechenland und Italien beziehen sich auf 2060

noch inoffiziellen Angaben – 2012 weiter auf 64 Jahre gestiegen<sup>11</sup>. Im Vergleich der EU-27 Länder nimmt Deutschland beim effektiven Renteneintrittsalter – gemessen an Daten der OECD, die mit den Daten der Deutschen Rentenversicherung nicht kompatibel sind<sup>12</sup> – mit 61,4 Jahren bei den Frauen und 61,9 Jahren bei den Männern eine mittlere Position ein. Am höchsten ist das effektive Renteneintrittsalter bei den Männern demnach in Schweden, Portugal und Zypern mit über 65 Jahren, am niedrigsten in Belgien, Frankreich und Luxemburg, mit Werten von unter 60 Jahren. Bei den Frauen ist es am höchsten in Portugal, Lettland und Schweden (64,4 Jahre und mehr), am niedrigsten in Österreich, Slowenien und in der Slowakei (58,4 Jahre und darunter).

Setzt man das effektive Renteneintrittsalter zur durchschnittlichen Lebenserwartung (im Alter von 65 Jahren) in Beziehung, ergibt sich die Zahl der durchschnittlich im Ruhestand zu erwartenden Jahre. Diese Zahl variiert über die EU-27 Länder beträchtlich: bei den Frauen zwischen 18,7 (Lettland) und 28,9 Jahren (Frankreich) und bei den

Männern zwischen 13,2 (Lettland) und 24,8 Jahren (Frankreich). Nach Frankreich ist die Zahl der zu erwartenden Ruhestandsjahre bei den Frauen am höchsten in Italien (28,2) sowie Luxemburg, Österreich und Slowenien (jeweils 28,0), bei den Männern in Luxemburg (24,3), Belgien (23,0) und Italien (22,8). Am kürzesten ist die durchschnittlich zu erwartende Ruhestandsphase neben Lettland bei den Frauen in Rumänien (20,1) und Portugal (20,5) und bei den Männern in Rumänien (14,3) und Litauen (14,8). Deutschland nimmt sowohl bei den Frauen mit 24,5 Jahren als auch bei den Männern mit 20,9 Jahren im europäischen Vergleich jeweils mittlere Plätze ein.

Angesichts der vielfältigen strukturellen und institutionellen Veränderungen und Reformprozesse, denen der Eintritt in den Ruhestand in Deutschland und anderen europäischen Ländern gegenwärtig unterworfen ist, aber auch der enormen Bedeutung, die der Übergang von der zweiten in die dritte Lebensphase für jeden Einzelnen hat, stellt sich die Frage, wie die Bürger das Geschehen subjektiv bewerten und welche Präferenzen und Erwartungen sie dazu äußern.

### Deutsche Erwerbstätige erwarten ihren aktuellen Beruf höchstens bis zum Alter von 63 Jahren ausüben zu können

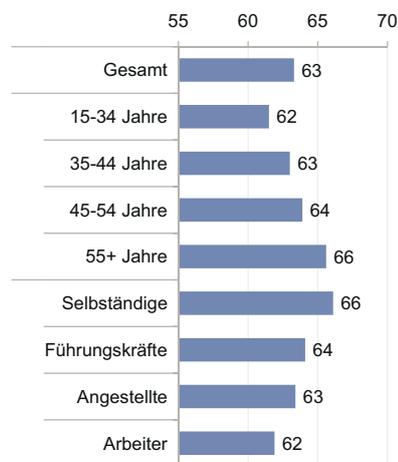
Im Hinblick auf die bereits getroffenen Maßnahmen zur Anhebung der Regelaltersgrenze und die noch anhaltende Diskussion über eine weitere Verlängerung des Erwerbslebens ist zunächst von Interesse, bis zu welchem Alter die gegenwärtig Erwerbstätigen selbst glauben ihren aktuellen Beruf ausüben zu können. Die diesbezüglichen Erwartungen reichen im Vergleich der EU-27 Länder für Männer von durchschnittlich 57,1 Jahren in Malta bis 65,1 Jahren in Schweden, für Frauen von 56,6 Jahren in Polen bis zu 64,2 Jahren in den Niederlanden. Für Deutschland ergibt sich ein geschätztes durchschnittliches Alter von 63,6 Jahren bei Männern und 63,0 Jahren bei Frauen. Im Mittel liegen diese Werte damit deutlich unter der beschlossenen Regelaltersgrenze von 67 Jahren. Die Unterschiede in den subjektiven Einschätzungen der Obergrenze der Berufsfähigkeit zwischen Männern und Frauen erweisen sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen (Polen, Griechenland, Litauen) – im Allge-

**Tabelle 2: Subjektive Indikatoren zum Übergang in den Ruhestand**

Länder	Aktueller Beruf – bis zu welchem Alter <sup>2</sup>		Geschätzte Jahre im Ruhestand <sup>1</sup>		Recht weiterzuarbeiten <sup>3,4</sup>	Wunsch weiterzuarbeiten <sup>2,3,4</sup>	Attraktivität Teilzeitjob mit Teilrente anstatt vollständiger Rente <sup>2,3</sup>	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen			viel attraktiver	etwas attraktiver
	Ø		Ø		%	%	%	%
Belgien	60	59	18	18	73	23	23	55
Bulgarien	60	59	13	12	46	35	13	39
Dänemark	64	63	18	19	93	57	53	35
Deutschland	64	63	17	17	82	37	28	44
Estland	60	61	13	14	81	54	19	33
Finnland	63	62	17	19	84	35	27	52
Frankreich	59	59	19	20	65	25	15	49
Griechenland	61	58	16	16	27	26	5	24
Irland	63	61	17	17	74	46	36	41
Italien	64	64	19	19	29	21	12	43
Lettland	58	57	13	14	74	50	22	43
Litauen	61	58	12	13	56	34	19	35
Luxemburg	61	60	19	19	71	30	25	33
Malta	57	58	14	15	75	24	18	29
Niederlande	64	64	16	17	91	36	39	45
Österreich	63	61	18	18	63	25	26	43
Polen	60	57	13	13	57	37	22	38
Portugal	63	62	17	16	42	26	9	47
Rumänien	58	57	12	12	28	27	11	18
Schweden	65	64	19	19	86	43	60	30
Slowakei	60	57	13	13	46	22	20	47
Slowenien	59	57	17	18	32	16	20	26
Spanien	63	62	17	17	45	22	16	46
Tschechien	60	59	14	14	64	31	14	35
Ungarn	60	59	12	12	40	24	13	47
V. Königreich	63	62	17	18	86	56	35	47
Zypern	61	60	15	16	37	31	22	23
<b>EU-27</b>	<b>62</b>	<b>61</b>	<b>17</b>	<b>17</b>	<b>61</b>	<b>33</b>	<b>22</b>	<b>43</b>

<sup>1</sup> Arithmetisches Mittel aus Altersspanne der Gruppe; <sup>2</sup> Nur derzeit Berufstätige; <sup>3</sup> Populationsgewichtet, einschließlich Kategorie „Don't know“, <sup>4</sup> nach Erreichen der Altersgrenze

**Grafik3: Einschätzung bis zu welchem Alter der aktuelle Beruf ausgeübt werden kann – Deutschland 2011, in %**



Datenbasis: Spezial Eurobarometer 378, 2011 (eigene Berechnungen)

meinen als vergleichsweise gering. In zwei Ländern (Estland, Malta) erwarten Frauen ihren Beruf sogar länger ausüben zu können als die Männer (Tabelle 2).

Eine detailliertere Betrachtung für Deutschland ergibt, dass die subjektive Einschätzung bis zu welchem Alter man in der Lage sein wird den gegenwärtigen Beruf auszuüben, erwartungsgemäß sowohl mit dem Lebensalter der Befragten als auch mit ihrer beruflichen Position zusammenhängt. Tendenziell nimmt die erwartete Dauer den aktuellen Beruf ausüben zu können mit dem Lebensalter zu, was unter anderem auch darauf zurückzuführen sein mag, dass diese Einschätzung für jüngere Erwerbstätige schwieriger sein dürfte als für ältere: Im Durchschnitt steigt das Alter bis zu dem man glaubt den aktuellen Job ausüben zu können von 62 Jahren bei den 15-34-Jährigen, über rund 64 Jahre bei den 45-54-Jährigen auf 66 Jahre bei den 55-Jährigen und älteren (Grafik 3). 52% der 15-34-Jährigen geben an, ihren Beruf voraussichtlich bis höchstens 64 Jahre ausüben zu können, gegenüber lediglich 27% der Befragten im Alter von 55 Jahren und älter. Andererseits erwarten 39% der 15-34-Jährigen bis zum Alter von 69 Jahren in ihrem jetzigen Beruf erwerbstätig sein zu können, aber 53% der über 54-Jährigen. In dieser höchsten Altersgruppe erwartet jeder Fünfte sogar in seinem Beruf bis zum Alter von 70 Jahren oder darüber hinaus arbeiten zu können, gegenüber lediglich jedem Zehnten in der Gruppe der 15-34-Jährigen. Im Vergleich verschiedener Berufspositionen zeigt sich, dass die Obergrenze für die Berufsfähigkeit von manuellen Arbeitern mit im Durchschnitt 61,9 Jahren am niedrigsten und von Selbständigen mit 66,1 Jahren am höchsten eingeschätzt wird. Ihren Beruf bis zum Alter von höchstens 64 Jahren ausüben zu können, glaubt jeder zweite manuelle Arbeiter, gut jeder dritte „white collar“ – Angestellte und jeder vierte Selbständige bis zum Alter

von 70 Jahren oder länger erwerbstätig sein zu können gegenüber lediglich 4% der als manuelle Arbeiter tätigen Befragten. Die subjektiv geschätzte Dauer der nach der Beendigung des Erwerbslebens im Ruhestand verbrachten Zeit variiert ebenfalls beträchtlich im Europa der 27 EU-Mitgliedsländer und reicht bei den Männern von 11,6 Jahren in Rumänien bis 18,8 Jahren in Luxemburg sowie bei den Frauen von 11,8 Jahren in Ungarn bis 19,3 Jahren in Dänemark. In Deutschland wird die Ruhestandsdauer von Männern im Durchschnitt auf 16,5 Jahre und von Frauen auf 16,8 Jahre geschätzt. Im Vergleich zu den auf objektiven Daten berechneten Werten (s. o.), wird die Zahl der durchschnittlich im Ruhestand verbrachten Jahre damit in Deutschland – wie auch in der Mehrzahl der übrigen Länder – erheblich unterschätzt, insbesondere von Frauen.

### Jeder dritte deutsche Erwerbstätige würde – wenn möglich – auch nach Erreichen der Altersgrenze einer Arbeit nachgehen

Angesichts einer deutlich verlängerten und von wachsenden Teilen der Bevölkerung in guter Gesundheit verbrachten dritten Lebensphase, stellt sich gerade aus der Perspektive einer Programmatik des „active ageing“ die Frage nach den institutionellen Möglichkeiten und individuellen Präferenzen, auch nach Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze noch eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Die Frage „würden Sie auch nach Erreichen des Alters, in dem Sie Anspruch auf eine Rente haben, weiterhin einer Arbeit nachgehen wollen“, beantwortete mehr als jeder dritte Erwerbstätige (37%) in Deutschland mit „ja“. Ein Recht, auch nach Erreichen der Altersgrenze weiterzuarbeiten, wird hierzulande sogar von mehr als 80% der Befragten bejaht. Mit diesen Zustimmungswerten befindet sich Deutschland jeweils im oberen Drittel der EU-27 Länder. Der Anteil der Erwerbstätigen, die beabsichtigen über die gesetzliche Altersgrenze hinaus eine Beschäftigung auszuüben, reicht im europäischen Vergleich von 16% in Slowenien bis 57% in Dänemark. Die Präferenz, über die Altersgrenze hinaus erwerbstätig zu bleiben, scheint unter anderem auch einem geographischen Muster zu folgen: Unter den zwölf Ländern mit durchschnittlichen Anteilen von weniger als 30%, sind neun süd- oder osteuropäische Länder, alle sechs Länder mit Anteilswerten von mehr als 40% sind dagegen im Norden oder Westen Europas lokalisiert. Einem ähnlichen Muster folgt auch die Beantwortung der Frage, ob es ein Recht auf Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über die Altersgrenze hinaus geben solle. Hier reicht die Zustimmungswerte von lediglich 27% in Griechenland bis zu einem Höchstwert von 93% in Dänemark.

### Große Bevölkerungsmehrheit für flexiblere Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand

Eng verbunden mit der Perspektive einer – offensichtlich von beachtlichen Teilen der

Erwerbstätigen gewünschten – freiwilligen Verlängerung des Erwerbslebens über die herkömmliche gesetzliche Altersgrenze hinaus, ist die Frage nach den Möglichkeiten eines – im Vergleich zu den derzeitigen, zumeist starren Regelungen – flexibleren Übergangs in den Ruhestand. Gefragt, wie attraktiv sie es finden würden, falls möglich, einen Teilzeitjob mit einer Teilrente zu kombinieren, anstatt vollständig in Rente zu gehen, antwortete fast ein Drittel (28%) der deutschen Erwerbstätigen „viel attraktiver“ und weitere 44% „etwas attraktiver“. In Dänemark und Schweden erreicht der Anteil derjenigen, die die Option einer Kombination von Teilzeiterwerbstätigkeit und Teilrente als „viel attraktiver“ bewerten als die herkömmliche ausschließliche Lösung bereits mehr als 50%, in Griechenland und Portugal dagegen weniger als 10%. Betrachtet man den Gesamtanteil von „viel“ oder „etwas“ attraktiver, so ergibt sich im Durchschnitt der EU-27 Länder eine Zweidrittel-Mehrheit der Bevölkerung, die eine flexiblere Regelung des Übergangs in den Ruhestand präferieren würde. Ausgehend von den Präferenzen der Bevölkerung, aber auch im Blick auf eine zukünftig erforderliche bessere Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials, gibt es daher für die nationale und europäische Politik gute Gründe nach geeigneten institutionellen Lösungen für flexiblere Übergänge in den Ruhestand zu suchen.

Als Resümee bleibt festzuhalten, dass die von der europäischen und nationalen Politik verfolgte Strategie, der über einen langen Zeitraum anhaltenden Tendenz zu einer „Entberuflichung des Alters“ entgegenzuwirken und den Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand hinauszuschieben, vor allem aber nicht nur in Deutschland gebriffen hat, wie an verschiedenen Indikatoren abzulesen ist. Allerdings sind die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung der „rentennahen“ Altersgruppen, in der gesetzlichen Regelaltersgrenze, dem effektiven Renteneintrittsalter und der voraussichtlichen Dauer des Ruhestands in den Mitgliedsländern der Europäischen Union derzeit noch gewaltig. Die Betrachtung von Präferenzen und subjektiven Einschätzungen der Bevölkerung zum Übergang in den Ruhestand, die sich zwischen den europäischen Ländern ebenfalls erheblich unterscheiden, vermittelt ein ambivalentes Bild: Einerseits zeigt sich eine bemerkenswerte Diskrepanz zwischen der subjektiven Einschätzung der Beschäftigten bis zu welchem Alter sie in der Lage sein werden, ihren Beruf auszuüben und der generellen, obligatorischen Anhebung der gesetzlichen Regelaltersgrenze durch die Politik. Andererseits wird in Deutschland und anderen – vor allem nord-west-europäischen – Ländern ein von beachtlichen Teilen der aktiven Bevölkerung artikuliertes Interesse erkennbar, auch nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters noch eine (partielle) Erwerbstätigkeit auszuüben sowie – damit einhergehend – ein offensichtlicher Bedarf nach flexibleren Möglichkeiten des Übergangs in den Ruhestand.

## Herausgeber

GESIS – Leibniz-Institut für  
Sozialwissenschaften  
Zentrum für Sozialindikatorenforschung

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon 06 21 / 12 46-0  
[www.gesis.org/soziale-indikatoren](http://www.gesis.org/soziale-indikatoren)

## Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

## Redaktion

Dr. Stefan Weick

## Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30,  
67433 Neustadt/Weinstraße

## Gestaltung

GESIS

GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten  
ISSN 0935-218X

- 1 *Special Eurobarometer 378/Wave EB76.2 „Active Ageing“*. Für weitere Informationen vgl. *European Commission (2012a)*.
  - 2 Vgl. dazu u.a. Noll (1996).
  - 3 Siehe dazu auch *Bundesministerium für Arbeit und Soziales (o. J.)*.
  - 4 Zur Erläuterung: Die Erwerbstätigenquote wird berechnet, indem die Zahl der Erwerbstätigen zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung in Relation gesetzt wird. Dagegen dokumentiert die Erwerbsquote die Relation der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung.
  - 5 Die Erwerbstätigkeit der 55-64-Jährigen westdeutschen Männer war bereits seit den 1960er Jahren – zunächst langsam, dann beschleunigt bis etwa zur Mitte der 1990er Jahre gesunken. Der Wiederanstieg setzt in etwa mit dem hier gewählten Referenzjahr 1998 ein. Bei den Frauen wird die Erwerbsbeteiligung in den höheren Altersgruppen von der Entwicklung der allgemeinen Erwerbsbeteiligung überlagert: Während die Erwerbstätigenquote bei den 55-59-Jährigen Frauen nahezu stetig gestiegen ist, ist sie bei den 60-64-Jährigen – ausgehend von einem niedrigen Niveau – ebenfalls bis in die 1990 Jahre hinein gesunken. In Ostdeutschland, wo die Erwerbsbeteiligung auch durch den Transformationsprozess stark beeinflusst wurde, setzte ein Wiederanstieg der Erwerbstätigenquote der 55-64-Jährigen bereits ca. Mitte der 1990er Jahre ein.
  - 6 Die hier verwendeten Daten des Mikrozensus umfassen auch nicht-sozialversicherungspflichtige Formen der Erwerbstätigkeit. Nach Daten der Bundesagentur für Arbeit sind allerdings auch die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse der 60-64-Jährigen zwischen 2000 und 2011 von 622.500 auf 1283.600 angewachsen, d. h. ihre Zahl hat sich in dem genannten Zeitraum mehr als verdoppelt.
  - 7 Eine Übersicht relevanter institutioneller Änderungen findet sich in Dietz/Walwei (2011: 371).
  - 8 Für den hier betrachteten Zeitraum werden die Arbeits- bzw. Erwerbslosenquoten für die ältere Bevölkerung sowohl von der Bundesagentur für Arbeit als auch von Eurostat nur in dieser groben Altersabgrenzung veröffentlicht.
  - 9 Die Quelle für die berichteten Erwerbslosenquoten ist das *European System of Social Indicators* ([www.gesis.org/SI-Mon](http://www.gesis.org/SI-Mon)); die Quoten wurden von Eurostat auf der Grundlage des *European Labour Force Surveys* berechnet.
  - 10 Vgl. dazu den Beitrag von S. Martin und P. Zollmann (2013: 1-5) in *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, Nr. 49.
  - 11 Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 152, 4. Juli 2013, S. 10.
  - 12 Die von der OECD vorgenommene Berechnung des durchschnittlichen effektiven Renteneintrittsalters stützt sich nicht auf Rentenzugänge, sondern Austritte aus dem Arbeitsmarkt und wird mithilfe eines kohortenanalytischen Ansatzes ermittelt. Für nähere Angaben zur Berechnungsmethode vgl. *OECD (2011: 47)* sowie die *OECD - Website* ([www.oecd.org/els/emp/ageingandemploymentpolicies-statisticso-verageeffectiveageofretirement.htm](http://www.oecd.org/els/emp/ageingandemploymentpolicies-statisticso-verageeffectiveageofretirement.htm)).
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, o. J.: Aufbruch in die Altersgerechte Arbeitswelt. Bericht der Bundesregierung gemäß §154 Abs. 4 Sechstes Buch Sozialgesetzbuch zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre.* Berlin.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.), 2012: Rentenversicherung in Zeitreihen. DRV-Schriften Band 22, Berlin.*
- Dietz, Martin, Walwei, Ulrich, 2011: *Germany – No Country for Old Workers? In Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, 44, 363-376.
- European Commission, 2012a: Active Ageing. Report Special Eurobarometer 378 / Wave EB76.2.* Brussels ([ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_378\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_378_en.pdf)).
- European Commission, 2012b: White Paper – An Agenda for Adequate, Safe and Sustainable Pensions.* Brussels.
- Martin, Stefanie, Zollmann, Pia, 2013: *Erwerbsminderung – ein erhebliches Armutsrisiko. Empirische Befunde zur sozioökonomischen Situation von Personen mit Erwerbsminderung.* In *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 49, 1-5.
- Noll, Heinz-Herbert, 1996: *Trend zum frühzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben bisher ungebrochen.* In *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 16, 8-13.
- OECD, 2011: Pensions at a Glance 2011.* OECD Publishing, Paris.

## Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick, GESIS

Tel.: 0621 / 1246-241 und -245  
[heinz-herbert.noll@gesis.org](mailto:heinz-herbert.noll@gesis.org)  
[stefan.weick@gesis.org](mailto:stefan.weick@gesis.org)

## Ankündigung

Eine Sonderausgabe des „Informationsdienst Soziale Indikatoren“ aus Anlass der 50. Ausgabe bzw. 25 Jahre ISI ist derzeit in Vorbereitung und wird voraussichtlich ab Oktober verfügbar sein. Nähere Informationen dazu demnächst auf der ZSi-Website: [www.gesis.org/soziale-indikatoren/](http://www.gesis.org/soziale-indikatoren/)

„Subjektives Wohlbefinden in der Lebensqualitätsforschung.  
Ergebnisse vor dem Hintergrund einer neu belebten Diskussion.“

Tagung der Sektion Soziale Indikatoren der DGS  
19. September 2013, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Das Programm der Veranstaltung sowie Informationen zur Teilnahme finden Sie auf der Website des ZSi ([www.gesis.org/soziale-indikatoren](http://www.gesis.org/soziale-indikatoren)). Anmeldungen sind bis zum 12. September 2013 möglich.

Kontakt: [petra.boehnke@wiso.uni-hamburg.de](mailto:petra.boehnke@wiso.uni-hamburg.de) und [stefan.weick@gesis.org](mailto:stefan.weick@gesis.org)